

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 2,30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Betung-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Veret-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). In-rate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Dienstag, den 19. September 1899. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Anteil der Masse.

II.

Nachdem sich Herr Raphael Ray in der am Schlusse des ersten Artikels geschilderten Weise sein Operationsfeld präpariert hat, stellt er folgendes Exempel auf. Die „Frankf. Zeitung“ berechnet die Höhe der Emissionen in Deutschland im Jahre 1896 auf 2088 Millionen Mark, der „Deutsche Oekonomist“ auf 1858 Millionen Mark, wovon 1290 Millionen auf deutsche, 568 auf fremde Papiere entfallen. Herr Ray ist bescheiden; er begnügt sich mit rund 1000 Millionen. Ferner sind in Preußen im Jahre 1895/96 rund 950 Millionen Mark in Hypotheken angelegt; das macht für das Deutsche Reich, nach der Bevölkerungszahl berechnet, 1596 Mill. Mark. Davon gehen ab nach Ray für Pfandbrief-Emissionen 450 Millionen, bleiben noch 1146 Millionen Mark, die Herr Ray wiederum bescheidenen Gemüths auf 1000 Millionen Mark reducirt. Am weitesten aber treibt er seine Bescheidenheit, wenn er das von den deutschen Kapitalisten im Jahre 1896 auf Erweiterung ihrer Betriebe verwendete bezw. in geschäftlichen Unternehmungen neueingeschossene Kapital auch nur auf 1000 Millionen Mark einschätzt, also noch nicht mal in der Höhe der von ihm berechneten neuen Hypothekeneinlagen. Dazu kommen dann noch in Preußen 345 Millionen Mark an neuen Sparkasseneinlagen, macht für Deutschland 880 Millionen, die Herr Ray in seiner Generosität ebenfalls auf 400 Millionen herabsetzt. Demnach sind im ganzen im Deutschen Reich 1896 = 3400 Millionen Mark erspart worden, wovon, wie unser Rechenmeister einfach ohne den geringsten statistischen Anhalt annimmt, 2700 Millionen auf die Einkommen über 3000 bezw. 3750 entfallen und nur 700 Millionen auf die Einkommen unter 3750 M. Da nun aber, wenn man die preussischen Verhältnisse auf das Deutsche Reich überträgt, sich die Gesamtsumme der deutschen Einkommen über 3000 M. auf 5887 Millionen Mark beläuft, so ergibt sich, daß die Steuerpflichtigen der höheren Klassen nur etwas mehr als die Hälfte ihres Einkommens verbraucht haben, nämlich 3187 Millionen Mark.

Sicherlich wird mancher Leser, der in die Geheimnisse der höheren Ray'schen Statistik noch nicht genügend eingedrungen ist, fragen, warum Herr Ray hier mit einem Male überall reducirt und zu niedrig einschätzt, während er doch vorher so wohlwollend die Dienstmädchen, Näherinnen, Laufburschen, Altersrentenempfänger mit einem Jahres Einkommen von 700 Mark ausstattete. Die Sache ist nicht schwer zu erklären.

Wäre nämlich Herr Ray splendorischer gewesen, so würde sich leicht ergeben haben, daß die höheren Klassen fast die ganze Summe, die sie verbrauchten, für Lohn und Beföstigung ihrer Dienstboten ausgegeben haben, also persönlich mit ihren Familienangehörigen von der Luft lebten, und dieses Ergebnis würde denn doch selbst dem Wüdeffen die Augen über den Wert der jamosen Mechtunftsleistungen des Herrn Ray geöffnet haben. Also mühte, um die Sache nicht gar zu unwahrscheinlich zu machen, „a bissel getrunnen“ werden.

Doch so leicht ist Herr Ray nicht zu schlagen; er hat einen Beweis. Nach den preussischen Veranlagungen zwecks Erhebung einer Ergänzungsteuer betrug 1896/97 das Vermögen der preussischen Eusten mit über 6000 M. Vermögen rund 64 024 Millionen Mark, im Jahre 1897/98 hingegen 65 676 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung für Preußen von 1652 Millionen, also für Deutschland, nach der Stopfzahl berechnet, von 2777 Millionen Mark. Und nachdem Herr Ray

dieses Resultat gefunden, erklärt er mit Genugthuung: „Wir haben jedoch eine solche Vermögenszunahme von 3000 Mill. berechnet. Das ergiebt eine Differenz von rund nur 200 Millionen Mark. Solche Differenz muß sich aber auch ergeben, wenn unsere Berechnung richtig sein soll. Diese 200 Millionen sind aufgebracht worden von der Vermehrung der zahlreichen deutschen Kapitalien unter 600 M., resp. von neu gebildeten Kapitalien, die zu einem großen, wenn nicht zum größten Teil aus Ersparnissen der Einkommen unter 3000 M. herrühren. Hier wiederum stellen das größte Kontingent die Einkommen der zahlreichen noch unverheirateten jungen Leute, die noch keine Verpflichtungen haben und für spätere Zeiten zurücklegen, und ferner die billigen Haushaltungen auf dem Lande und in kleinen Orten, wo eine nicht zahlreiche Familie selbst bei 3000 Einkommen und darunter ganz gut leben und noch etwas zurücklegen kann.“

Die ganze Beweisführung kennzeichnet aufs treffendste Herrn Rays Verfahren. Erstens ist die Vermögenszunahme im Sinne der preussischen Veranlagung durchaus nicht identisch mit der Summe, die dem individuellen Konsum entzogen wird; so stellen z. B. Villen, Gewächshäuser, Parks u. d. die der Kapitalist sich zu seinem Vergnügen kauft oder erwirbt, im Sinne des Gesetzes einen Vermögenszuwachs dar, schwerlich aber wird Herr Ray behaupten wollen, daß die dafür ausgegebenen Summen nicht zum Verbrauch des Kapitalisten gehören. Zweitens aber, was soll die in den letzten Sätzen der vorstehenden Darlegungen des Herrn Ray enthaltene Gleichstellung der Besitzer von Kapitalien über 6000 M. mit den Einkommensteuerzahlenden, deren Einkommen über 3000 M. beträgt? Sind beide Gruppen von Personen identisch? Das wird selbst Herr Ray nicht behaupten wollen, denn nach der Veranlagung von 1895/96 gab es beispielsweise 1 152 332 Personen in Preußen, die ein Vermögen von über 6000 M. hatten, aber nur 324 294, die über 3000 M. Einkommensteuer zahlten. Was soll aber dann die ganze sinnlose Argumentation des Herrn Ray? Wenn etwas aus diesen Zahlen hervorgeht, dann doch nur, daß nicht nur die oberen 324 294 Personen gespart haben, die über 3000 M. Einkommensteuer entrichteten, sondern mindestens auch über 830 000 Personen der niederen Einkommensteuerebenen, — daß es also einfach lächerlich ist, wenn Herr Ray oben erzählt, die 200 Millionen Mark Differenz rührten zum größten Teil aus „Ersparnissen der Einkommensteuer unter 3000 Mark“ her. Nein, verehrter Herr Raphael Ray, auch die anderen 2777 Millionen Mark stammen, wie Sie sehen, zum wesentlichen Teil aus solchen „Ersparnissen“.

Das genügt zur Charakteristik der wissenschaftlichen Leistung des Herrn Ray; erwähnt sei nur noch, daß er auf Grund dieser seiner statistischen Equivokritik schließlich zu dem jamosen Resultat kommt, daß die oberen 324 294 Steuerzahler nur den siebenten Teil der nationalen Produktion verbrauchten.

Aber selbst angenommen (wenn auch nicht zugegeben), die ganzen kuriosen Voraussetzungen und Annahmen des Herrn Ray wären richtig; was beweisen die preussischen Einkommenverhältnisse für die englischen? Weit eher können die Einkommen-Verhältnisse des hamburgischen Staates, in dem ja Herr Ray lebt, als Beispiel gelten; hier wie dort spielen Handel und Industrie gegenüber der Landwirtschaft die Hauptrolle. Nach den vom statistischen Amt der Steuer-Deputation veröffentlichten Nachweisen (jüngst vom „Hamburger Korrespondent“ in Nr. 429 reproduziert) entfielen in Hamburg auf die einzelnen Steuerstufen:

Einkommensklassen	1895				1896			
	Anzahl	Proz.	Versteuertes Einkommen	Proz.	Anzahl	Proz.	Versteuertes Einkommen	Proz.
900 — 1 000	42 138	32,80	42 108 000	10,29	44 836	32,83	44 936 000	10,18
1 000 — 2 000	51 264	39,85	73 901 400	18,01	55 659	40,67	79 849 200	18,09
2 000 — 3 000	23 691	18,42	74 554 800	18,17	24 290	17,75	76 542 300	17,34
3 000 — 4 000	6 232	4,86	44 493 600	10,85	6 413	4,88	45 676 300	10,86
4 000 — 5 000	3 443	2,68	53 493 200	13,04	3 622	2,65	56 428 000	12,79
5 000 — 10 000	1 788	1,39	121 547 300	29,94	1 962	1,42	137 829 000	31,24
Zusammen	123 646	100	410 188 300	100	136 872	100	441 254 900	100

Demnach hatten im Jahre 1895 = 35 184 Steuerzahler ein Einkommen von rund 294 Millionen Mark und 93 462 ein Einkommen von 116 Millionen Mark. Rechnen wir ebenso wie vorher gerade für Hamburg und seine höheren Einkommen dieser Beschlag viel zu niedrig ist) nur 25 Proz. Avance, so erhalten wir:

Einkommen	
35 184 Steuerzahler hatten insgesamt	367 1/2 Mill. Mark,
93 462	145
Nach Herrn Rays Angaben — die wir im Augenblick nicht nachprüfen wollen — betrug die Anzahl aller Erwerbshätigen Hamburgs (mit Einschluß der Pensionäre, Alters- und Invalidenrentner) 310 942 Personen, es bleiben also nach Abzug obiger 128 646 Steuerzahler noch 182 296 Personen (Männer, Frauen und erwerbshätige Kinder), die keine Einkommensteuer zahlten. Stellen wir deren Durchschnittseinkommen mit 500 M. in Rechnung, so ergiebt das 91 Millionen Mark. Demnach hatten in Hamburg 1895:	
93 462 Personen ein Einkommen von 145 Millionen Mark	91
182 296	91
275 758 Personen ein Einkommen von 236 Millionen Mark	

Dagegen hatten: 35 184 Personen ein Einkommen von 367 Millionen Mark, das heißt ein Neuntel (nicht ein Fünftel) der Bevölkerung Hamburgs stellten über zwei Drittel des Gesamteinkommens ein. Und noch günstiger für Ray's Annahme stellt sich das Verhältnis für 1896!

Uebrigens fordert es geradezu zum Spott heraus, wenn Herr Raphael Ray (S. 46 seiner Schrift) meint, durch seine sonderbare Leistung die Unhaltbarkeit der „Marxistischen Doktrin“ bewiesen zu haben. Ob in England 1865 ein Fünftel der Bevölkerung zwei Drittel, drei Fünftel oder auch nur ein Drittel der Gesamtproduktion konsumierte, nimmt der Marx'sche Lehre noch nicht das Tipfelchen vom i. Aber jeder, der auch mal an der Rationalökonomie gerochen hat, macht heute in Marxvernichtung, von den Wendsternen bis zu den Rays. Herr Ray ist nur ein Typus dieser Sorte. On.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. September.

Unzeitgemäße Gesundheitsrückichten.

Herr Lieber, des Centrums führender Ruhändler, hat es zwar noch nicht bis zum Minister gebracht, aber doch schon zu den Gesundheitsrückichten, die sich bei scheidenden Ministern zu entwickeln pflegen.

„Alle Rummahungen über die beabsichtigte Reise Dr. Lieber's dürften sich als gegenstandslos erweisen angesichts der Thatfache, daß die Reise einem rein gesundheitlichen Zwecke dienen soll. Herr Lieber, dessen Gesundheitszustand ohnehin schon seit langer Zeit viel zu wünschen übrig läßt, bedarf nach den Anstrengungen der letzten Session einer gründlichen Erholung bei absoluter Ruhe und Ausspannung, und zur Erreichung dieses Zweckes ist ihm von ärztlicher Seite eine längere Seereise empfohlen worden. Für die Wahl des Reisezieles dürfte wohl in erster Linie der Umstand maßgebend sein, daß er bei dieser Gelegenheit seinen Bruder besuchen will, den er seit langen Jahren nicht mehr gesehen hat und welcher in holländischen Diensten auf einer der Sunda-Inseln das Amt eines Gouverneurs bekleidet.“

Eine Seereise hätte Herr Lieber auch schon im Sommer antreten können, und Gesundheitsrückichten dürfte gerade das gefährliche Klima von Deutsch-China, wohin er reist, sehr wenig zuträglich sein. Herr Lieber reist einfach nach China, weil das so hübsch weit ist, daß er erst heimkehren kann, wenn sich die unbehaglichen Dinge bei uns ein Stück weiter entwickelt haben. Freilich ist keine Gefahr, daß der vorhandene Vorrat von Unklarheit und Wirrnis dann schon erschöpft ist. Im Gegenteile, die Lage dürfte bei seiner Rückkehr sogar noch unklarer und wirrer sein. Herr Lieber aber darf dann wenigstens seine Hände fromm in Unschuld waschen: Er war ja nicht dabei gewesen, kein Wunder also, daß die Dinge sich derart verhebberten!

Herr Lieber sündigt aus moralisch-politischen Gesundheitsrückichten. Er wird, fürchten wir, noch kränker zurückkehren.

Die Antwort Transvaals.

Aus Pretoria wird vom 18. d. M. gemeldet: In ihrer Antwort auf die Depesche des Ministers Chamberlain vom 12. September bedauert die Regierung der südafrikanischen Republik, daß England mit vollständig neuen Vorschlägen hervorgetreten sei. Sie weist darauf hin, daß die jetzt vorgefallenen Vorschläge Transvaals, nämlich: Erlangung des Wahlrechts nach fünf Jahren, vernechte Vertretung der Goldfelderbezirke und das Verlangen, daß England nicht weiter auf der Sugerantat bestehe, das Ergebnis von Anregungen gewesen seien, die von dem britischen Vertreter ausgegangen und auf die hin Transvaal in gutem Glauben gehandelt habe. Die Regierung von Transvaal beabsichtigt nicht, ohne Not die Frage des politischen Status des Landes wieder aufzuwerfen, sondern wünschte lediglich mit Unterstützung des britischen Agenten die gespannte Lage der Dinge zu beenden. Die Regierung habe wohl gesehen, welche Schwierigkeiten der Annahme ihrer Vorschläge durch das Volk und den Volksraad entgegenständen, aber sie wagte es, dieselben zu machen infolge ihres aufrichtigen Wunsches nach Frieden und weil Chamberlain versichert habe, daß ihre Vorschläge nicht als eine Ablehnung seiner Vorschläge angesehen, sondern nach ihrem sachlichen Wert erledigt werden sollen. Die Regierung von Transvaal halte ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen gemeinsamen Kommission aufrecht, sie könne aber nicht einsehen, warum die britische Regierung jetzt die Wahlrechtsverteilung nach sieben Jahren ohne solche vorgängige Untersuchung der Frage für unangemessen halten sollte. Die Depesche fahet dann fort, es müsse ein Mißverständnis sein, wenn England annehme, daß Transvaal bereit sei, die Vorschläge, betreffend die Wahlrechtsverteilung nach fünf Jahren und Einräumung von einem Viertel der Sitze an die Goldfelder dem Volksraad zur bedingungslosen Annahme vorzulegen. Die Regierung habe keinen Vorschlag betreffend den Gebrauch beider Sprachen in den Volksraaden gemacht, weil sie diese Maßnahme für unnützig und nicht wünschenswert halte. Die Regierung von Transvaal sei nicht abgeneigt, auf die vorgeschlagene Konferenz einzugehen, doch erhebe sich eine Schwierigkeit, weil die Annahme des Vorschlages davon abhängig gemacht worden sei, daß die Transvaal-Regierung vorher Bedingungen annehme, welche sie dem Volksraade nicht unterbreiten könne. Die Regierung hege den begierigen Wunsch nach schiedsgerichtlicher Entscheidung und nehme solche freudig an, da sie fest entschlossen sei, die Bedingungen der Konvention von 1884 einzuhalten. Die Depesche schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die britische Regierung bei nochmaliger Prüfung keine weiteren brüskierenden Vorschläge machen, sondern ihren eigenen ursprünglichen Vorschlag betreffend eine gemeinsame Kommission festhalten werde.

Diese vorsichtig abgefaßte Note bedeutet die Ablehnung der englischen Vorschläge. Nach den drohenden Bemerkungen der letzten Chamberlain'schen Depesche wäre damit die Kriegsgefahr in die bedenklichste Nähe gerückt. Es ist anzunehmen, daß der Kabinettsrat in London um Mitte dieser Woche zur Beschlußfassung über die Antwort Transvaals zusammengetreten wird. Es ist zweifelhaft, ob nochmals neue Verhandlungen eingeleitet werden oder ob die englischen Kriegskräften ein mittlerweile weit genug fortgeschritten sind, um den Ueberfall zu beginnen.

Die englische Presse hegt eifrig zum Kriege, dieselbe Presse, welche der Haager Friedenskonferenz jubelte. Die „Times“ sagte, alles, was das Reich und die Nation von ihren Leitern verlangen, sei, daß es jetzt kein Zögern, kein Zurückblicken mehr gebe. Die Regierung habe die Hand an den Hing gelegt, sie müsse nun vorwärts gehen. „Morning Post“, „Daily Mail“, „Standard“, „Daily Telegraph“ mahnen die Regierung ebenfalls zu thatkräftigen Schritten. Nur der radikale „Daily Chronicle“

bestätigt weitere Geduld, da ein Krieg mit Transvaal moralisch absehbare und politisch in keinem Verhältnis zu der Notwendigkeit des Falles stehen würde.

Deutsches Reich.

Die Politik des Königs. Die „Posener Zeitung“ hatte behauptet, daß der Wortlaut des Schreibens, das den Kanal gegenüber dem Hofwärdenträger zugegangen ist, nicht eine zeitweilige Verbannung, sondern eine endgültige Enthebung von der betreffenden Stellung zum Ausdruck bringe. Diese Mitteilung entspricht, so meldet die „Kreuz-Zeitung“, nicht den Thatsachen. Wichtig ist nur, daß den Kammerherren usw., die als Abgeordnete gegen den Kanal gestimmt haben, vom Oberkammerer die Abschrift einer königlichen Kabinettsordre zugegangen ist, durch welche dieselben, weil sie sich nicht nur zur Staatsregierung, sondern auch zur Person des Königs in Widerspruch setzen, bis auf weiteres vom königlichen Hoflager verbannt werden.

Diese Kabinettsordre entspricht zwar jenen nichtkonstitutionellen Anschauungen, die von den Konservativen bisher vertreten worden sind, sie steht aber in Widerspruch mit jener jetzt von den Agrariern vertretenen konstitutionellen Auffassung, daß eine Opposition gegen eine Regierungsvorlage ausschließlich einen Widerspruch gegen die Regierung bedeutet. Natürlich kann aber dem König nicht das Recht bestritten werden, daß er mit den politischen Gegnern seiner Regierung keinen persönlichen Umgang haben will.

Rechts Aghl. Wie die Berliner Politischen Nachrichten hören, hat der Kaiser den früheren Minister des Innern, Freiherrn v. d. Neude, zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt. Herr v. d. Neude ist bereits nach Münster abgereist.

Das glückliche Westfalen!

Konstitutionsfragen. Die „Aöln. Ztg.“ schreibt unter der Überschrift: „Klar zum Gesichte!“: Wir haben in Preußen einen Konflikt, daran läßt sich nicht drehen und drehen. Dieselbe Regierung, die noch vor Jahresfrist mit leichtem Herzen die Politik der Sammlung zu erreichen suchte, scheint in schwerer Zäufung zu leben über das Maß und die Bedeutung des Widerstandes, der ihr von beiden agrarisch-konservativen Gebieten gegenübersteht. Man wird bald erfahren, daß in Wahrheit eine Haupt- und Staatsaktion heringebrochen ist und ein gewaltiges Ringen um Prinzipien beginnt. Der preussische Staat steht wieder einmal vor einem langen, schweren Kampfe, in dem er seinen Ruf bewahren soll zur höchsten Ausprägung aller irdischen und geistigen Kräfte, die Würdigung partikularen Interesses zu erzwingen.

Der liberale Pluralismus ist das einzige Hinterbliebene an dieser Bourgeoisie. Wenn einst der letzte Liberale vom Schlagfalle betroffen ist, wird er in dem Gesamtmaße des Todes noch von dem gewaltigen Ringen um Prinzipien, von dem Schwünge des Liberalismus, von der Unterjochung des Junkertums schwärmen.

In der Parteipolitik ein im Irrgarten der Hoffnungen taumelnder romantischer Narr, in der Prostitution ein niedriger Realist — ist das liberale Bürgerium von Dutschotte und Sancho Pansa in einer Person.

In den Bahnen der Rühnemänner.

Der Deutsche Arbeitgeber-Bund für das Baugewerbe verhandelt soeben ein Rundschreiben an die Vorstände der Arbeitgeber-Vereine im Baugewerbe, in welchem er die einzelnen Korporationen zur Errichtung von „unparteiischen Arbeitsnachweisen“ mit gleichzeitiger Einführung von „Entlassungsbescheiden“ auffordert. Alle vorhandene Arbeit soll durch die einseitig von den Unternehmern verwalteten Arbeitsstellen vermittelt werden; ohne Entlassungsbescheid soll kein Unternehmer einen Arbeiter annehmen dürfen.

Genau nach dem Muster der Arbeitsnachweise der Metall-Industriellen soll auch in den Büros der Bau-Unternehmer Such geführt werden über jeden Arbeiter, sein Verhalten in- und außerhalb der Betriebe. Umsonst müßt sich Herr Felix in dem Rundschreiben ab, glauben zu machen, es handle sich hier nicht um die Einführung von „Schwarzen Listen“. Die Arbeitsnachweise sollen lediglich dazu dienen, Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in möglichst einfacher, schnellster und unparteiischer Weise zu vermitteln. Es wird sich mithin um die Einführung eines Systems handeln, durch welches der Arbeitgeber die gewünschten Arbeitskräfte, den Arbeitnehmern die Arbeitsgelegenheit am leichtesten zugeführt werden kann. Dieses Ziel sei, so wird weiter argumentiert, am besten durch die Arbeitgebernachweise zu erreichen. Das „künstlich erzeugte Mißtrauen der Arbeitnehmer unparteiischen Arbeitsnachweisen“ gegenüber glaubt der Bund beseitigen zu können.

Wenn der Bund das Mißtrauen der Arbeitnehmer gegen die Unternehmer und deren Arbeitsnachweise ernstlich beseitigen will, dann giebt es nur ein Mittel und das ist: die Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung des Arbeitsnachweises. Mit viel größerem Recht können die Arbeiter sagen, daß die Vermittlung der Arbeitskräfte in ihre Hände geböre. Erziehen aber die Unternehmer einen solchen, so haben sie, falls ihnen auch nur noch ein Funken Gerechtigkeitsinn innewohnt, unbedingt den Arbeitern einen Einfluß auf die Verwaltung zu gestatten.

Aber es ist eben eitel Heuchelei, wenn der Bund einmündig seines Rundschreibens sich so energisch gegen den Einwand wehrt, daß ihr Bureau ein Maßregelungsbureau à la Rühnemänner werden könnte. Denn weiter unten heißt es: „Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist gegründet, um der gewaltigen und festgehenden, zu den größten Opfern bereiten Organisation der Arbeitnehmer im Baugewerbe eine gleich starke Organisation der Arbeitgeber gegenüberstellen und die unerhörten und unerträglich gewordenen Ansprüche und Zumutungen der sozialistischen Führer zurückweisen zu können. Es ist Aufgabe des Bundes, die sich häufig als sozialdemokratische Machtpoten darstellenden Arbeitseinstellungen zu bekämpfen. Um dies mit bestem Erfolge als bisher zu erreichen, dazu sollen die Entlassungsbescheide dienen.“

Die andere Argumentation zu Gunsten der „unparteiischen Arbeitsnachweise“ ist ganz und gar im Sinne der Rühnemänner gehalten. Es sei nötig, daß der Unternehmer, Herr in eigenen Hause“ bleiben müsse, er habe die Verantwortung für den Betrieb, eine Gleichberechtigung sei dem Arbeiter in der Politik bedingungslos zugebilligt, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung müsse sie aber ausgeschlossen sein.

Der Unternehmer-Verband mag sich drehen und wenden wie er will, der Hauptzweck der Errichtung einseitig verwalteter Arbeitsnachweise kann nur der sein, das System der Schwarzen Listen zur Durchführung zu bringen, ein Maßregelungsbureau zu erhalten, das ihnen nach und nach eine Macht über die Arbeiter, deren Leben und Gesinnung geben soll, gegen die der Terrorismus der Arbeiter leicht wiegt, wie eine Feder.

Und das sind die Leute, welche den ersten Anstoß zum Justizhandels gegeben; ihr heißes Verlangen um das Justizhaus veranlaßte den Herrn v. Poldowsky zu seinem Geheimvertrage, der nichts weiter darstellte, als eine Abschrift der Anlagen, welche die Bauunternehmer in ihrer Eingabe an den Minister über die Arbeiter vorgebracht hatten.

Eine Schweinbürgererei. Die Berliner Politischen Nachrichten reden der Berliner Stadtverwaltung ins Gewissen, doch nicht so — — — revolutionär zu sein. Die Gemeinde-Organe überschritten fortgesetzt ihre gesetzlich gezogenen Schranken, indem sie verunglimpften, gegen die selbige Vorlage zu petitionieren und die Märzgeschehnisse zu ehren. Ja, es wolle eine geradezu antimonarchische Tendenz in dem Verhalten der städtischen Organe, namentlich der Stadtverordneten, um die Abscheulichkeit dieses Regiments recht zu kennzeichnen, giebt der Schweinbürger einen historischen Exkurs, der gar erbaulich zu lesen:

„Man muß sich vergegenwärtigen, daß Berlin nicht nur die Hauptstadt und Residenzstadt des Reiches und Preußens ist, sondern auch seine Größe und wirtschaftliche Blüte in erster Linie den Herrschern aus dem Hohenzollernhause verdankt. Insbesondere dattiert Berlins Entwicklung zur Weltstadt und zu einem Handels- und Geldplatz ersten Ranges erst von der Wiedererrichtung des Reiches unter Kaiser Wilhelm dem Großen. Demgegenüber muß es allerdings im höchsten Maße befremden, wenn man den hartnäckigen Eifer der Stadtverordneten sieht, ihre Autonomie gerade mit einer scharfen Wucht gegen die monarchischen Institutionen, an denen die Träger der Hohenzollernkrone stets unverwundlich festgehalten haben, und noch dazu mit persönlicher Zuspitzung zu behaupten. In letzterer Hinsicht mag unter anderem auch noch auf die Wahl des Socialdemokraten Singer in die Stadtdeputation und auf den als Giftlanke empfundenen Widerstand der städtischen Verwaltung gegen manche Pläne zur Umgestaltung der Umgebung des königlichen Schlosses hingewiesen sein.“

Schweidung kommt zu dem Schlusse, die Bürgerchaft Berlins soll Entschloß und Ansehen haben, damit wieder ein verständig- und verständnisvolles Zusammenwirken von Staat und Stadt unter den Augen des Landesherren hergestellt werde.

Es wird die Berliner Pluralisten vielleicht vielleicht wundern, alle als revolutionsbedürftig und monarchiefeindlich eingeschätzt zu werden. Das haben diese Herren nicht verdient. Sie haben für die Bekämpfung des Liberalismus und für die Stärkung der Staatsbürokratie solches für die Schonung monarchischer Wünsche so viel gethan, daß ihnen zu thun kaum etwas übrig bleibt. Sie haben es vollbracht, die Freiheitskämpfer, deren Kampf in Wahrheit die große wirtschaftliche Entfaltung auch Berlins sicherte, zu vertilgen. Ob das sanfte Schweidungswerben sie noch weiter lockern wird? Ob sie schließlich vielleicht sogar zu dem Glauben bekehrt werden, daß die Größe und wirtschaftliche Blüte einer Weltstadt „in erster Linie“ einem Herrscherhause geschuldet werden könne? —

Aus dem Centrumslager. Zu der China-Reise Liebers hebt die „Post“ hervor, daß die „Aöln. Volkstz.“ im Eingang ihrer Bemerkungen über die Reise in der Abendnummer vom Sonntag selbst zugiebt, daß sie noch nicht einmal wisse, ob die Nachricht richtig sei.

Da es sich um eine Abkaltigkeit zwischen Dr. Wagem und Dr. Lieber in der Führung der Partei handelt, ist es nicht verwunderlich, daß das sonst gut unterrichtete Blatt der Familie Wagem über Dr. Liebers Pläne nicht informiert wurde. Künftig müßte es auch erscheinen, daß ausdrücklich bei der Mitteilung von der geplanten Reise darauf hingewiesen wurde, beim Wiederbeginn der Reichstags-Verhandlungen werde der Centrumsführer nicht mehr in Deutschland sein. Ferner erinnern wir uns, daß schon einmal ein Centrumsführer, nämlich Dr. Wagem, den Winter an der Riviera verbrachte, als er mit großer Hitze sich in eine Opposition gegen die Marinepläne gestürzt hatte und keinen Zoll breit weichen wollte. Es war das im Herbst 1897. Dr. Lieber, welcher ein Entgegenkommen in den Marineplänen für das Beste hielt, hatte gesiegt. Diesmal scheint nun Dr. Wagem die Mehrzahl hinter sich zu haben, und Dr. Lieber reißt.

Die „Post“ scheint vor dem minder sanftmütigen, demokratisch gerichteten Wagem, als Centrumsführer, einige Vorzüge zu hegen — was uns nicht hindert, trotzdem mißtrauisch zu bleiben. —

In ihrer Prügelbegeisterung holt sich die „Deutsche Tageszeitung“ sogar von den — Socialdemokraten Geminnungshilfe. Das Blatt citirt folgende Bemerkung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu einem Bericht über eine wegen Majestätsbeleidigung erfolgte Verhaftung halbwüchsiger Jungen:

„Nach unserer Meinung wäre die ganze Sache besser und würdiger zu erledigen gewesen, wenn man, anstatt den ganzen kostspieligen Justizapparat in Bewegung zu setzen, den Burschen für ihre Unart das Lederwerk ordentlich angestrichen hätte.“

„Ganz unserer Meinung“, jubelt die „Deutsche Tageszeitung“, nicht nur in diesem, sondern auch in allen ähnlichen Fällen! Die Vernunft bricht sich endlich doch Bahn, auch in einem zielbewußten Kopfe. Was werden aber die Parteiführer dazu sagen? Werden sie den armen Dresdenener Untergebenen nun auch Lügtenauen? Wir vermuten, daß sich die fragliche Bemerkung einfach aus einem allgemeinen Repetierbericht eingeschlichen hat und keine redaktionelle Anschauung darstellt. Das hätte die „Deutsche Tageszeitung“ auch voraussetzen sollen; die bisher merkwürdigerweise nicht den ästhetischen Brauch eingeführt wissen will, durch Strohprügel redellierende Beamte zu befeuern. —

Ehru der Arbeitswilligen. Im Frühjahr dieses Jahres hatten die Hiesigen Arbeiter von Udermünde und Umgebung einen heftigen Lohnkampf zu bestehen, der nach wochenlangem Dauer infolge der Verschärfung der Kasse unglücklich für die Arbeiter verlief. Der Leiter des Streiks, W. Wähling, befand sich eines Tages mit seinem Schwager auf dem Heimwege, als er von zwei Arbeitswilligen angerempelt wurde. W. und sein Schwager ließen sich mit den beiden in seinen Handel ein und setzten ihren Weg ruhig fort, wurden aber trotzdem von diesen weiter verfolgt. In ihrer Absprechung schob der Schwager seinen Revolver in die Luft ab.

Jetzt führten sich die beiden Arbeitswilligen während auf Wähling und seinen Schwager, wobei Wähling, ein ruhiger, friedfertiger Mann, zu Boden stürzte. Sein Schwager ergriff einen in der Nähe liegenden Bootshaken und durch ein paar Schläge mit diesem befreite er W. von dem einen Angreifer, während der andere durch herzugekommene Leute vertrieben wurde.

Am andern Tage wurden W. und sein Schwager in Untersuchungshaft genommen. Wähling wurde, nachdem die Verhörverhandlung bis vor das Oberlandesgericht gegangen war, nach 19 Tagen freigelassen; der Schwager aber blieb bis zum Tage der Verhandlung vor dem Landgerichte Stettin, bis zum 4. September, das sind fast fünf Monate, in Untersuchungshaft.

In der Verhandlung behaupteten alle Zeugen ohne Ausnahme den geschriebenen Thatbestand, so daß sich selbst der Staatsanwalt veranlaßt sah, zu erklären, hier liege ein bedauerliches Versehen vor, er beantrage Freisprechung und sofortige Haftentlassung, denn die Angeklagten hätten zu Unrecht auf der Anklagebank Platz nehmen müssen, eigentlich gehörten die beiden Zeugen auf dieselbe. Die beiden Angreifer waren nämlich noch als Belastungszeugen geladen, natürlich — aber nicht erschienen; trotz öffentlicher Ladung und Bekanntmachung war ihr Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen. Beide hatten Udermünde nach ihrer That schleunigst den Rücken gekehrt; das konnten sie auch, denn ein Haftbefehl war gegen sie nicht erlassen worden. Der Verteidigung blieb bei der Sachlage nichts weiter übrig, als den Antrag zu stellen, daß auch die Verurteilungskosten auf die Staatskasse übernommen werden müßten, da ja eine Entschädigung für unschuldig Inhaftierte nicht bestände. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an.

Der eifrig propagierten Idee von der Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitswilligen hat der Unschuldige seine 5 Monate Untersuchungshaft zu verdanken. —

Eine staatliche Olfaktion. Das Hochwasser der letzten Tage hat auch in Bayern gewaltige Verheerungen angerichtet — Hab und Gut Hunderte, vielleicht Tausende ist vernichtet. — Da hält es auch die bayerische Staatsregierung für ihre selbstverständliche Pflicht, Hülfe einzugreifen, um die Familien zu lindern, die die entsehten Naturgewalten dem Wohlstande der Bevölkerung geschlagen. Die Igl. bayerische Staatsregierung hilft — aber fragt mich nur nicht wie!

Das königliche Staatsministerium hat eine Konferenz abgehalten mit verschiedenen anderen hohen Beamten und hat beschlossen: An Se. Maj. Hoheit den Prinzregenten die Bitte um Genehmigung einer Hausammlung zu richten.

Ein Hilfskomitee zu bilden, das einen Aufruf zu Gaben erlassen und Sammelstellen schaffen soll.

Um einen Anhalt dafür zu gewinnen, ob und inwiefern anherdem noch eine staatliche Intervention nötig ist, sollen die Verwaltungsbörden beauftragt werden, nach Ablauf der Hochwasser eine amtliche Schadenerhebung vorzunehmen.

Die Staatsregierung beschränkt sich also darauf, die private Wohltätigkeit anzurufen und zu organisieren und wartet das übrige in Ruhe ab. — Wir halten es für die Pflicht des Staates, in solchen Fällen sofort öffentliche Gelder zur Verfügung zu stellen. Beugt sich der kapitalistische Staat schon unfähig, durch umfangreiche Kulturarbeiten den verheerenden Wirkungen der Wasserfluten nach Möglichkeit vorzubeugen, so sollte er wenigstens, wenn das möglich ist, mit seinen Mitteln zur Linderung der Not sofort eingreifen und die Geschädigten nicht der entwürdigenden und immer unzulänglichen Privatwohlthätigkeit überlassen.

Nürnberg, 17. Septbr. (Fig. Ver.) Nürnberg wird mehr als irgend eine andere süddeutsche Stadt in der famosen Denkschrift zur Begründung der Justhausbildung erwähnt. Es ist deshalb interessant, aus der eben erscheinenden Festschrift zur 24. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege einige Stellen über die Wirksamkeit der Nürnberger Arbeiterorganisationen anzuführen. Es heißt da auf Seite 142, daß „durch eine sehr thätige Arbeiterorganisation vieles“ in Bezug auf die Hygiene der Arbeit, Arbeitsräume, Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Arbeit von Frauen und Kindern verbessert wurde.

Der Fabrikinspektor macht in dem Bericht die Bemerkung, daß die Arbeitzeit in den Nürnberger Fabriken eben infolge der sehr energischen Arbeiterorganisation von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Diese Bemerkungen der Festschrift sind deshalb wichtig, weil dieselbe zum größten Teil auf Grund amtlicher Materialien und mit finanzieller Unterstützung der Stadtverwaltung, da sie auch Polizeibehörde ist, publiziert wurde. —

München, 18. September. Die 71. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte wurde heute mit einer großen Sitzung im Hoftheater eröffnet. Kultusminister v. Landmann begrüßte die Versammlung im Namen der Staatsregierung und besonderte dabei, welchen Aufschwung Wissenschaft und Kunst im ganzen Deutschen Reich genommen haben. Nach weiteren Begrüßungsansprachen von Vertretern der Stadt München und der Akademie der Wissenschaften, der Universität und der technischen Hochschule hob der Vorsitzende der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte Dr. Behrmann Professor Neumann-Hamburg hervor, welchen Vortell der politische Aufschwung Deutschlands auch der Naturforschung gebracht habe, indem jetzt deutsche Expeditionen zur Erforschung der Tiefsee, der Polarregionen usw. ausgesandt werden. Von lebhaftem Beifall empfangen betrat hierauf Professor Dr. Frithjof Nansen die Rednertribüne und führte in längerem Vortrage und an der Hand von zahlreichen Lichtbildern die wissenschaftlichen Resultate seiner Nordpolfahrt auf dem Gebiete der Geographie, Meteorologie, Zoologie usw. vor. Kuhndem sprach in der heutigen Sitzung noch Geheimrat Professor von Bergmann-Berlin über die Anwendung der Röntgenstrahlen für die moderne Chirurgie und Geheimrat Förster-Berlin über die bis jetzt beobachteten und gemessenen Bewegungsercheinungen in den Sternräumen. —

Ausland.

Verurteilung wegen Pflichterfüllung.

Aus Rom wird uns geschrieben: Wegen Veröffentlichung geheimer Dokumente des Eisenbahn-Departements standen am 18. d. M. der sozialistische Abgeordnete Rossi und Giacomo Frisicotti, Ex-beamter der Eisenbahn-Abteilung vor Gericht; ein dritter Angeklagter, der früher Beamte im Archiv des Eisenbahn-Inspicorats Giacomo Picchetto, auf dessen Abgangswesen sich die ganze Anklage aufbaute, ist flüchtig geworden und mußte im Kontumazverfahren abgeurteilt werden. Der Anklage lagen folgende Thatsachen zu Grunde: Im April 1898 richtete der Abgeordnete Rossi in der Kammer eine kassischen erregende Antrage an die Regierungsvertreter über die geheimen Verbindungen zwischen der Regierung und den Eisenbahn-Gesellschaften; die Regierung, sagte er, habe aus politischen Gründen von der Verwaltung der Mittelmeerbahn und der Adriatischen Bahn die Strafverurteilung von Beamten verlangt. Im seine Behauptung zu bekräftigen, verlas Rossi mehrere Geheimdokumente, welche deutlich bewiesen, daß das Ministerium des Innern und das der öffentlichen Arbeiten mit nicht sehr noblen Praktiken einen starken Druck auszuüben suchten, um die Verurteilung von Beamten (Rossi nannte Namen), die der sozialistischen Partei angehörten, zu erlangen; dieses Ansuchen ist von den Wahngesellschaften energisch zurückgewiesen worden. In der Verantwortung der Interpellation erklärten die Minister, daß bei den Vermählungen um die Verurteilungen politische Motive nicht mitgesprochen hätten; die Regierung habe nur im Interesse des Dienstes jedes „Hindernis“ entfernen wollen. Die Minister bedauerten es dann lebhaft, daß von Beamten das Amtsgeheimnis verletzt worden sei, indem man dem Abgeordneten Rossi geheime Dokumente in die Hände gespielt habe. Bald darauf wurden in den Blättern „Avanti“, „Italia del Popolo“ und „Vega del ferroviari“ neue Geheimdokumente des Eisenbahn-Inspicorats veröffentlicht. Die Regierung ordnete eine Untersuchung an und man fand in den Redaktionsräumen des „Avanti“ und in der Wohnung des Abgeordneten Rossi Aufzeichnungen, Briefe und Telegramme, die angeblich gestohlen sein sollten. Der Untersuchungsrichter folgerte aus, daß der ungetreue Beamte, der die Dokumente gestohlen habe, der Beamte Picchetto war; der Beamte Frisicotti habe Befehle geleitet und der Abgeordnete Quirino Rossi sei der Anstifter des Diebstahls gewesen. Picchetto habe von Rossi und Frisicotti als Belohnung 100 Lire erhalten, was er selbst männlich und schriftlich zugegeben habe. Picchetto, so heißt es weiter in der Anklageschrift, habe als Archivbeamter Gelegenheit gehabt, geheime Schriftstücke, die sich auf die sozialistische Propaganda unter den Eisenbahnbeamten bezogen, nach Hause mitzunehmen und sie bei Nacht zu kopieren. Anfangs leugnete Picchetto jede Schuld, dann aber erforderte er das Märchen von der Anstiftung durch Rossi und Frisicotti, die ihm gesagt hätten, daß sie aus den Dokumenten nur erfahren wollten, ob unter den sozialistischen Eisenbahnbeamten ein Verräter wäre. Da mehrere Brüder Picchetos zur sozialistischen Partei gehören — einer war in der Expedition des „Avanti“ angestellt —, schenkte man seinen Demunziationen vollen Glauben. Einest Tages aber war der Kronzeuge spurlos verschwunden und es darf als sicher bezeichnet werden, daß man ihn mit Fleiß hat verschwinden lassen, weil man ihn gar nicht zum Prozeß festhalten wollte. Gegen Rossi und Frisicotti aber, die Picchetto Anklage als grobe Lüge bezeichneten, wurde das Strafverfahren eröffnet. Rossi erklärte, daß die Dokumente ihm freiwillig von Personen angeboten worden seien, die er nicht nennen wolle; von Belohnung und Anstiftung könne nicht die Rede sein. Der Prozeß verlief mehrere Male dem Schicksal der Verurteilung, weil der Hauptangeklagte Picchetto zum Scherz ordnungsmäßig vorgeladen werden mußte, was sich, da er sich irgendetwas im Auslande seines Daseins freut, nur schwer bewerkstelligen ließ. Endlich war allen gesetzlichen Formalien Genüge gethan, und die große Prozeßmühle konnte beginnen. Die Angeklagten wurden von dem Advokaten Lottini und dem Abgeordneten Professor Ferri verteidigt. Der Angeklagte Frisicotti sagte aus: „Eines Tages wurde ich zufällig mit Giacomo Picchetto bekannt, den ich bis dahin nicht gekannt hatte. Er aber behauptete, daß ihm mein Name nicht neu sei, da er ihn auf der Liste der Beamten gesehen habe, die auf Wunsch des Ministers verlegt werden sollten, weil sie sozialistische Agitatoren seien. Picchetto brachte mir dann Abschriften der Briefe des Ministers und das Antwortschreiben der Eisenbahndirektion; mit diesen Abschriften ging ich zu dem Abgeordneten Rossi und forberte ihn auf, die Sache in der Kammer vorzubringen. Picchetto gab mir später noch andere Dokumente, ohne daß ich ihn

darum ersucht hätte; Geld hat er von mir nie verlangt oder erhalten." Rossi erklärte, daß er die Dokumente über die ungesetzliche Einmischung der Regierung von mehreren Personen erhalten habe; einige Schriftstücke habe ihm Picciotti gegeben. Bald nach seiner Interpellation in der Kammer sei er infolge der Rai-Mitteilungen verhaftet worden. Ein Polizei-Inspektor habe seine Wohnung in Turin durchsucht und ein Bündel von Dokumenten in Beschlag genommen. Diese Dokumente bewiesen, daß er an den Rai-Mitteilungen nicht beteiligt gewesen sei, weshalb man ihn wieder freilassen mußte; dafür hätten sie ihn aber zu diesem Prozesse geführt. Die Anklage sei ganz absurd; er habe mit Picciotti nichts zu thun gehabt. Er habe Dokumente erhalten und es als Abgeordneter für seine Pflicht gehalten, in der Kammer darüber zu sprechen. Er würde das, was er gesehen habe, noch einmal wiederholen, wenn sich die Gelegenheit dazu böte. Die Verlesungszeugen, lauter wirkliche Herren aus dem Eisenbahndepartement mit ehrfürchtgebenden Titeln und funkelnden Ordenssternen erzählten ein langes und breites von den „Geständnissen“ des flüchtigen Wiedermannes Picchetto. Professor Ferri verzichtete auf die Vernehmung eines der Entlassungszeugen, des Advokaten Cirnola, der die Verleumdung Picchetos abgelehnt hatte, weil der ehrliche Kronzeuge sich bereit erklärte, gegen eine Belohnung von 5000 Lire seine Zeugenaussage zu Gunsten Rossis abzuändern. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der drei Angeklagten zwei Jahre Zuchthaus und 1000 Lire Geldstrafe. Nach einer glänzenden, von den Juratoren mit stürmischem Beifall aufgenommenen Verteidigungsbrede Ferris, der mit Energie für die Unschuld und die Freisprechung der Angeklagten eintrat, verurteilte das Gericht „unter Zustimmung mildernden Umstände“ die drei Angeklagten (Picchetto wurde anstandslos mit verurteilt, weil es ihm nicht schaden kann) zu 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis. Die Verurteilten haben gegen dieses unbillige Urteil sofort Berufung angemeldet.

Beleidigung des Sultans.

Im Juni d. J. hielten, so lesen wir im „Hamb. Echo“, die Herren Ahmed Niza und Ameghian, der erste ein Jungtürke, der zweite ein Armenier im Haag eine Versammlung ab, womit sie die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz auf die Lage in der Türkei lenken wollten. Diese Versammlung wurde präsidirt von Genossen Van Kol, Mitglied der Zweiten Kammer. Er nannte bei dieser Gelegenheit den Sultan einen „Usurpator“ (Ueberwältiger) und citirte die Worte Gladstones, wobei dieser den Großtürken einen „Groß-Mörder“ nannte. Gegen Genossen Van Kol ist nun eine Strafverfolgung eingeleitet wegen Beleidigung des Sultans! In der That, die niederländischen Minister, die durch den Sultan desorciert wurden, müssen dafür schmutzige Dinge zulassen! —

Frankreich.

Paris, 19. September. Zwei von den Personen, die Guérin zu verprobantieren suchten, wurden Sonntagvormittag durch die Polizei verhaftet. Der eine davon ist der Sohn eines ehemaligen Polizeikommissars.

Die „Eclaire“ erzählt, wurde der Senator Scheurer-Kessner von einem ziemlich heftigen typhösen Fieber befallen.

Garmang, 17. September. Bei einem Bankett der Socialisten, dem viele socialistische Deputierte beiwohnten, hielt Jaurès eine Rede, in welcher er Abschaffung der Kriegsgerichte und Rehabilitation von Dreyfus forderte. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Ausführungen Jaurès gebilligt wurden.

Spanien.

Osporto, 17. September. In der letzten Woche sind zwei neue Fälle von Pestkrankungen und drei Todesfälle vorgekommen. —

Madrid, 17. September. Heute sind 24 Typhusfälle vorgekommen. Ein Fall endete tödlich. —

Rußland.

Aus Finnland. Das russische Ober-Verwaltungsamt für Prehengenheiten hat an die finnländischen Zeitungen Verordnungen erlassen, in denen jede Mitteilung über Mitglieder der kaiserlichen Familie, die nicht in den offiziellen russischen Organen erschienen oder vom Generalgouverneur im voraus gebilligt worden ist, den Zeitungen strengstens untersagt wird. Der Generalgouverneur hat ferner die Bestimmung getroffen, daß in jedem finnischen Gouvernement einem fest angestellten Beamten die Aufsicht und Ueberwachung der Presse aufgetragen werden solle. —

Amerika.

New York, 17. September. Eine Depesche des „New York Herald“ aus Caracas (Venezuela) vom 17. September besagt, die Revolutionäre hätten ein Gefecht in der Nähe von Tucayo gewonnen, und beständig die Eroberung von Valencia und Puerto Cabello. Man zählt die Verluste an Toten und Verwundeten auf 1000 Mann. Wie ferner berichtet wird, soll der Kriegsminister Ferrer gefallen sein und General Andrade sich auf Caracas zurückziehen.

Partei-Nachrichten.

Politisches, Gerichtliches usw.

Das „öffentliche Wohl“ in Sachsen-Weimar. Nachdem bereits seit einer Woche die behördliche Genehmigung zu der am 17. September in Stadt-Teuliza eintretenden Kreisconferenz des 1. Weimarschen Wahlkreises erteilt war und am Sonntag auch die Delegierten, Genossen aus den verschiedensten Orten des Wahlkreises, erschienen waren, wurde dieselbe aus Gründen des öffentlichen Wohls unterlag. An der Eingangstür zum Saal nagelte der Polizeidiener das betreffende Verbot noch besonders an. — Hatte das öffentliche Wohl nicht wenigstens ein rechtzeitiges Verbot gerechtfertigt?

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzbildhauer! Wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Anstand getreten: Venzing, Andreaskstr. 39; Weiß, Memelerstr. 31; Lehmann, Weberstr. 13; Göhre, Wassertorstr. 22; Seifert u. Wolf (Doppel), Fruchtstr. 86; Kimmel, Frankfurter Allee 117a; Brumlow, Neue Königstr. 15; Schulz, Bismarckstr. 90; Jaquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adalbertstr. 42; Grig, Pallasadenstr. 57; Kramer, Koppensstr. 60; Solow, Niddorf, Knebebedstr. 115; Fiedler, Poulfen-Ufer 12; Schön, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilhelmstraße 124.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lohnkommission, Köpenickerstr. 62 (Restaurant Spielberg, Telefon Amt VII 8992), in der Zeit von 9—11 und 3—7 zu richten.

Die Lohnkommission.

Achtung, Ciseleure! Bei den Firmen Engel u. Hegewald (Feister), Lindenstraße 23, Sped., Dresdenerstraße 36, Gerke (in Firma Wehen u. Co.), Sebastianstraße 20, haben die Kollegen wegen Nichtbeachtung des Reimsundentages die Arbeit niedergelegt. Die Firma Engel und Hegewald bemächtigt sich nun, ihre Arbeiten bei Kleinmeister unterzubringen und ist es ihr auch gelungen, einigen derselben Arbeit zugunsten. Es sind dies folgende Firmen: Fischer, Wienerstraße 29, Grenlich, Adalbertstraße 76, F. Hanzel, Luisen-Ufer 34, Richter, Rottbuxerdam 21. Trotzdem bei allen diesen Kleinmeistern eine Arbeitszeit von neun Stunden und darunter besteht, scheuen sich dieselben nicht, die Arbeiter für solche Werkstätten anzufertigen, wo uniere Kollegen im Kampfe um Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit auf täglich neun Stunden stehen. Von allen diesen Werkstätten ist deshalb der Zugang strengstens fernzuhalten. Die Kommission.

Achtung, Buchbinder! Kontobuch-Arbeiter! In der Buchbinder- und Kontobuch-Fabrik von Moriz u. Kummer, Landbergerstr. 72, haben am Sonntag sämtliche Kollegen und Kolleginnen wegen Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt. Trotz mehrmaliger Versuche seitens der betreffenden Arbeiter und der Organisation, eine Einigung herbeizuführen, mußte, nachdem die Firma jedes Entgegenkommen in dieser Richtung ablehnte, die Arbeit niedergelegt werden. Nachdem die Firma gesehen hatte, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen an der Arbeitsniederlegung teilnehmen wollten, wandte sie den schlauren Kniff an, das gesamte Personal zu entlassen. Jedenfalls glaubten die Herren Chefs, daß verschiedene Kollegen und Kolleginnen nun um ihre Weiterbeschäftigung bitten würden. Darin haben sich aber die Herren ganz gewaltig getäuscht. Verdienen doch die Arbeiterinnen in dieser Werkstätte so schon wenig genug, und es wäre traurig, wollten dieselben ihre Löhne noch weiter heruntersinken lassen. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen Berlin aber ersuchen wir, den Zugang nach der Firma Moriz u. Kummer streng fernzuhalten.

Die Vertrauenspersonen.

Zur Lohnbewegung der Posamentiere wird mitgeteilt, daß folgende Firmen noch nicht bewilligt haben: Blinger Bw., Wendel u. Comp., D. Pilschle, E. Eustedt, Röstermann u. Jarenzanski, Sachs u. Schwarz, B. u. G. Kehler, A. Sinsel, Hoffmann u. Weiland, Th. Bagler, Reich u. Burmeister, E. Hoppe, R. Hoppe, Eisner u. Gänig, Praygode, Bollmer, G. Drehner, H. Schmidt.

Wir bitten die Kollegen, sämtliche angeführten Werkstätten zu meiden.

Die Lohnkommission.

Achtung, Kabinenbauer! Folgende Firmen haben die Forderungen der Kabinenbauer bewilligt: Jöllner u. Co., Kraus, Ehler u. Gollnau, Plag, Müller u. Co., Dittmann, Bräuer, Vollratge, Cassir u. Co. Bei folgenden Firmen bleibt die Sperre weiter bestehen: Schulz, Charlottenburg; Wagenknecht; Schmid u. Weimar; Stieve; Günther und Sallwebe. Die Lohnkommission der Bauarbeiter Berlin und Umgegend.

Achtung, Sattler! In der Militäreffekten-Fabrik von Ludwig, Lindenstraße 93, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.

Die Agitations-Kommission.

Verkürzung der Arbeitszeit in den Holzbearbeitungs-Fabriken. Der Fraiseurbeiter-Berein hat den auf Holzplätzen und an Holzbearbeitungs-Werkstätten beschäftigten Arbeitern die geforderte 52 Stundenwoche ausgeschrieben; dieselbe tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. Den Unternehmern, die dem Verein nicht angehören, wird die Forderung der Arbeiter schriftlich unterbreitet werden.

An die arbeitende Bevölkerung Charlottenburgs! Nach Beschluß des Bauarbeiter Schulkongresses sollte an jedem Ort eine Kommission gewählt werden, die der General-Kommission Material gibt betreffs Schutzvorrichtungen auf den Baustellen. Eine solche ist in der letzten öffentlichen Versammlung, bestehend aus folgenden Personen gewählt, worden: Maler Otto Flemming, Schillerstr. 71; Zimmerer Fritz Fleischer, Schillerstraße 90; Zimmerer Ernst Heesche, Großmannstraße 17; Maurer Albert Bernsee, Scharenstraße 9; Bauarbeiter Leopold Sablotie, Weimarerstraße 81. Nachdem nun die Kommission den O. Flemming als Obmann ernannt hat, sind alle ungenügenden Vorrichtungen auf den Baustellen an selbigen zu melden; es wird gebeten, eifrigst Material zu sammeln.

Des ferneren sei noch bekannt gegeben, daß Protokolle vom Gewerkschaftskongress sowie Listen für die streikenden Arbeiter jeden Montag, Mittwoch und Freitagabend von 8—10 Uhr beim Genossen Bleed, Pestalozzistr. 22, 2. Et. bei Pantow zu haben sind.

Der Vertrauensmann der Gewerkschaften Charlottenburgs.

Deutsches Reich.

Zum Krefelder Härberstreik wird uns von dort geschrieben: Die Situation hat sich mit einem Schlage geändert. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in mehreren Härberwerken gearbeitet wird für die Firmen, deren Arbeiter sich im Auslande befinden. Die Arbeiter dieser Härberwerke erklären sich mit ihren streikenden Kollegen solidarisch und stellen die Arbeit ein. Die Zahl der Ausständigen dürfte damit die Zahl von 2000 erreichen. In einer Fikale der in Frage kommenden Firmen in Como (Italien) treten die Arbeiter ebenfalls in den Ausstand. Sofortige Hilfe ist dringend notwendig. Krefeld, den 16. September 1899.

Gewerkschafts-Kartell.

Zuschriften richte man an H. Peullmanns, Geldsendungen an E. Winterberg, beide Kronprinzenstr. 122, Krefeld.

Der Frankfurter Zimmererstreik ist endlich, nach zwölfwöchentlicher Dauer, beendet, nachdem eine Einigung mit dem Unternehmerverbande erzielt worden ist. Danach ist die Arbeitszeit auf zehn Stunden festgesetzt mit einer Lohnentschädigung von 48 Pf. pro Stunde für jeden Zimmerer.

Der Leipziger Formereistreik und die Hirsch-Dunderschen. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Einen eleganten Beweis ihres festen Rückrates haben, wie das Halle'sche „Volkblatt“ mittelt, die Hirsch-Dunderschen auch in Wittenfeld gegeben. Die Martinische Hengsterei nahm Leipziger Streifarbeiter an. Der Arbeiter und die Formere witterten sich ursprünglich dieselbe anzufertigen. Der Gewerkevereins-Kassierer, der um seine Meinung ersucht wurde, ermahnte die Arbeiter, unter keiner Bedingung fragliche Arbeit zu machen. Er gab auch seiner Freude Ausdruck, daß Hirsch-Dundersche sich mit den Kollegen vom Formereverband solidarisch erklären sollten. Nach Empfang dieser Nachricht erklärte der Vorarbeiter Berner nochmals, daß die Arbeit auf keinen Fall gemacht werde. Als aber Herr Martin jun. die Formere vor die Alternative stellte, entweder die Arbeit zu machen oder zu gehen, da fiel den Hirschen das Herz in die Hosen und sie machten sich an die Arbeit. Eine prächtige Illustration, wie sehr die Gewerkevereine die Berechtigung verloren haben, sich Arbeiterorganisationen zu nennen.“

Sociales.

Handindustrielle Kinderarbeit. Für das Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha hat der Fabrikinspektor eine Erhebung über die in der Handindustrie beschäftigten Kinder unter 14 Jahren angestellt. Die Erhebungen beziehen sich auf 86 Schulorte. In 63 dieser Orte wird Handindustrie getrieben. In den Schulen dieser Orte werden 20183 Kinder unterrichtet und von diesen sind 5455, also über ein Viertel, gewerblich thätig. Der Prozentsatz der gewerblich thätigen Kinder liegt in den einzelnen Schulen bis zu 88,4 Proz. an. Die tägliche Arbeitszeit steigt von 3 Stunden bis zu 9 bis 10 Stunden an.

Interessant sind auch die Angaben des täglichen Verdienstes in den verschiedenen Erwerbszweigen. Es werden täglich verdient in: Knopfindustrie in 2 Orten 25 und 30 Pf., in 3 Orten nur 4 und 5 Pf., in den übrigen Orten 10, 12, 15 Pf.; Puppenindustrie in 4 Orten 50, 60, 70 und 80 Pf., in den meisten Orten 18, 24, 30 Pf., in einigen Orten aber nur 10 und 12 Pf.; Spielwaren-Industrie im Gohlaischen 8 bis höchstens 30 Pf., im Koburgischen meist 20 bis 30, sogar 60 Pf.; Papierarbeiten (Wästen, Kartonnagen, Laternen) an 1 Orte 4 Pf., sonst aber 20, 30, 40, 50 Pf.; Korbflechterei in 1 Orte 60 Pf.; sonst nur 15 bis 30 Pf.; Holz- und Schnittharbeiten in 1 Ort 80 Pf., in den übrigen 20, 40, 60 Pf.; Metall-Verarbeitungen 17—35 Pf.

Die Untersuchung giebt auch zu, daß in vielen Fällen schwere Schädigungen der Kinder an Körper und Geist aus dieser Beschäftigung folgen. Die Untersuchungen zeigen, wie dringend nötig die Unterstellung der Handindustrie unter die Gewerbe-Inspektion ist.

Arbeiterchun in Schweden. Im Civildepartement ist ein neues Schutzesetz für Minderjährige ausgearbeitet worden, das aber

auf eine Rückwärtsbewegung hinausläuft. So sollen auch in Zukunft die Sägewerke Kinder unkontrollirt beschäftigen dürfen und die Arbeitszeit der Minderjährigen ist in einigen Betrieben erhöht. In Bergwerksgruben dürfen Mädchen von 14 Jahren ab benutzt werden. Die Strafen für die Uebertretungen sind gemildert!

Versammlungen.

Die Marmor-Arbeiter hielten am Sonntag wieder eine stark besuchte Versammlung ab. Die Arbeiter der Marmorwerke von E. Fint waren hierzu besonders eingeladen. Gerstenberger erstattete den Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Wenn es auch nicht gelungen sei, alle in dem von den Arbeitern aufgestellten Lohnliste genannter Forderungen von den Unternehmern zu erlangen, so könne man doch mit einer gewissen Befriedigung auf den Verlauf der Lohnbewegung zurückblicken, da im Gegensatz zu den früheren Lohnverhältnissen eine bedeutende Aufbesserung erreicht worden sei. Bei den Schleifern ist eine Lohn-erhöhung bis 18 Proz. für Accordarbeiten, die leider, weil zu tief in den Verhältnissen wurzelnd, noch nicht beseitigt werden können, sogar Aufbesserung bis zu 40 Proz. erreicht worden. Die Häuer (Steinmeger) haben ebenfalls bedeutende Lohnaufbesserungen erzielt. Zwei Firmen, Knorr und Haagen, weil nicht zum Unternehmerverband gehörig, weigerten sich, diese getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen, mußten aber später doch nachgeben. Nur die Firmen Fint und Strehlen verharren noch bei hartnäckiger Ablehnung. Auch die Organisation der Marmorarbeiter wurde von dem Unternehmerverband anerkannt dadurch, daß nach gegenseitiger Uebereinkunft eine gemeinschaftliche Kontroll-Kommission von 8 Personen, je 4 Unternehmer und Arbeiter, die Ueberwachung für Durchführung des vereinbarten Lohn-tarifs bis zum 1. März 1901, sowie zur Entgegennahme von Beschwerden und Beseitigung von Mißständen in den Betrieben, gewählt wird. Dieser Umstand kann als ganz besondere Errungenschaft und Anerkennung für die Macht der Organisation bezeichnet werden! Aufgabe dieser Kommission werde es in Zukunft auch sein müssen, die bei einzelnen Berliner Firmen eingeführte Hausindustrie möglichst auszurotten, weil diese Arbeiter wieder einen bestimmten Arbeitsdag noch genauere Lohnsätze kennen und demzufolge auch von der Organisation nichts wissen wollen. Beide Parteien sind nun übereingekommen, daß der vereinbarte Tarif, dessen einzelne Punkte der Medner nochmals verliest, vom Montag, den 18. September, ab zur Geltung kommt und die gegenseitige schriftliche Anerkennung erfolgt, ohne daß es bei der gegenwärtigen günstigen Geschäftslage zur Arbeitseinstellung führt. An den Arbeitern würde es nunmehr liegen, diese Forderungen auch festzuhalten. Im Verlauf der Besprechung wurde von einigen Mednern der 19. September als Termin gewünscht, da erst am 18. die Unterschrift erfolgt. Ueberall, wo die Forderungen nicht anerkannt werden sollten, habe sofort die Arbeitseinstellung zu erfolgen; dies sei namentlich bei der Firma Fint der Fall, der es wohl keine acht Tage werde aushalten können. Die Arbeiter würden entweder unterjocht oder anderwärts untergebracht werden. Das Verhalten einer Anzahl Kollegen, die während der Eisenpauken fest immer durcharbeiten, wurde scharf getadelt. Die getroffenen Vereinbarungen wurden nunmehr, mit dem 18. September als Geltungstermin, einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag gegen die Firma Fint, unverzüglich besonders vorzugeben. Ein Arbeiter hatte bereits am Sonntag früh die Entlassung zugesagt erhalten. Als Mitglieder der Kontrollkommission werden Gerstenberger, Wolff, Schütz und Tribenow gewählt. Nachdem Gerstenberger noch zum Anschluß an die Organisation der Steinarbeiter, Filiale II (Marmorarbeiter), aufgefordert, wurde noch mitgeteilt, daß in der am Dienstag, den 19. September, abends, stattfindenden Versammlung die Ergebnisse über die Bewilligung der Lohnsätze mitgeteilt werden sollen.

Die Posamentiere hielten am Sonntag bei Generstein, Alte Jakobstraße, eine Versammlung ab, in der über den Ausstand und die weiteren Schritte beraten wurde. Der Referent Klein berichtete über die Thätigkeit der Lohnkommission. Die Firma Gebr. Prinz hat die Forderungen bewilligt. Bei der Firma Reich u. Burmeister hatte man dem Versuch entgegenzutreten müssen, die Accordarbeit an Stelle der Lohnarbeit durchzuführen. Von den anderen Arbeitgebern wird hier aller mögliche Druck ausgeübt, um einen Erfolg der Arbeiterschaft zu vereiteln; am Montag soll eine Versammlung der Arbeitgeber noch stattfinden. Die Frage der Accordarbeit führte zu einer längeren und teilweise erregten Debatte; der Bemerkung eines Medners, daß ein Arbeiter im Accord bis zu 11 Pf. schon verdient habe, wurde mit Recht entgegengehalten, daß das ein Ausnahmefall sei und ein Ausfall an Verdienst notwendig darauf folgen müsse. Auch sei doch das allgemeine Bestreben darauf gerichtet, die Accordarbeit zu beseitigen und nicht neu einzuführen und auch der leistungsfähigere Arbeiter müsse sich dem im Interesse der Solidarität anschließen. Die Verhältnisse bei der Firma Kränze u. Damnitich führten alsdann zu einer längeren Besprechung, bei der darauf hingewiesen wurde, daß das von den Inhabern derselben zuerst ehrenwürdig und schließlich durch Unterschrift vollzogene Abkommen sowohl in Bezug auf Accordarbeit, als die Bezahlung von Ueberstunden nicht imgehalten werden sei. Die Lohnkommission wurde mit bezüglichen Schritten hierauf von der Versammlung beauftragt.

Der Vorsitzende giebt hierauf von mehreren von außerhalb ihm überbrachten Schreiben Kenntnis, wonach die Arbeitgeber unter allen möglichen Versprechungen, jedoch vergeblich, Arbeitskräfte von Hamburg, Magdeburg usw. heranzuziehen suchen. Manke bemerkt, daß die Bewegung von dem ganzen Textilarbeiter-Verband und im Notfall von den Berliner Gewerkschaften unterstützt werde, was die Unternehmer jedenfalls nicht erwartet hätten. Letztere hätten besser, den inneren Markt durch Beschäftigung des Arbeiterstandes zu stärken, statt Kolonialgründungen zuzubilden; wo kein Konium ist, da ist auch keine Produktion.

Folgende Resolution gelangt zur Annahme: „Die heute versammelten Posamentenarbeiter Berlin erklären sich mit den Mitteilungen der Lohnkommission einverstanden. Sie erblicken in der Einigkeit die beste Gewähr, zum Siege zu gelangen, und erklären, zum Streik fest zusammenhalten zu wollen.“ — Mit einem Hoch auf die Bewegung wird die Versammlung hierauf geschlossen.

Zur Lohnbewegung der Klempner. In einer stark besuchten Versammlung, die am Sonntagvormittag bei Keller, Köpenickerstraße, tagte, berichtete O. Räder über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Danach sind in einer großen Anzahl von Betrieben die Forderungen bewilligt worden, ohne daß die Arbeit eingestellt werden brauchte. In 23 Betrieben mit etwa 670 Klempnern wurde die Arbeit niedergelegt. Von diesen haben aber auch einige bereits bewilligt, so daß zur Zeit schon in 52 Betrieben 494 Klempner zu den neuen Bedingungen arbeiten. Einzelne Unternehmern sind allerdings in Rücksicht auf besondere Umstände keine Konzessionen gemacht worden. Ausständig sind zur Zeit noch 350 Klempner in 17 Betrieben. In einigen Fällen, wobei etwa 120 Klempner in Betracht kommen, schweben gegenwärtig Verhandlungen und werden dieselben in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Bisher haben sich mehr als 950 Mann an der Bewegung beteiligt, doch dürfte sich diese Zahl noch erheblich vergrößern, da verschiedenen Firmen erst im Laufe dieser Woche die Forderungen unterbreitet werden. Bei 1/3 der in Frage kommenden Betriebe kommt die Forderung der Arbeitszeit überhaupt nicht mehr in Betracht, da in diesen bereits die norm-ale Arbeitszeit eingeführt ist, und es handelt sich hier nur um die Lohnforderung. In verschiedenen Werkstätten, und zwar sind dies fast nur kleinere, sind infolge der Uneinigkeit bezw. der Gleichgültigkeit der daselbst beschäftigten Arbeiter noch gar keine Forderungen gestellt worden. Andererseits sind an der Bewegung

eine Anzahl Betriebe beteiligt, auf welche vordem nicht gerechnet wurde.

Die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten und die Klempner-Zunft haben beschlossen, keine Verlängerung der Arbeitszeit und auch den Minimallohn nicht zu bewilligen. Auf diesen Beschluß haben sich auch einige Unternehmer berufen, und obwohl sie zugeben müssen, daß die gegenwärtigen Löhne zu gering und ausbesserungsbedürftig sind, haben sie doch die gestellten Forderungen abgelehnt und die begonnenen Verhandlungen scharf abgebrochen. Vielfach berufen sich die Unternehmer auch darauf, daß diese oder jene Konkurrenzfirma noch nicht bewilligt hat. Durch dieses Vorgehen wird die Beseitigung der Differenzen in einigen Fällen verzögert, aber die Unternehmer werden angesichts der günstigen Konjunktur und nachdem sie einsehen, daß sich die notwendigen „Arbeitswünsche“ nicht finden, doch zum Nachgeben gezwungen sein. Aus den Reihen der Ausständigen ist bis jetzt noch kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen und allem Anschein nach wird dies auch bis auf weiteres zutreffen, da unter den Ausständigen völlige Einmütigkeit herrscht. Der allgemeine Stand der Bewegung ist infolgedessen ein verhältnismäßig recht günstiger. Das erwartete Resultat ist jetzt schon in mancher Beziehung übertrieben und wird zweifellos im Laufe der Woche noch ein besseres werden, besonders dann, wenn in der bisherigen Weise weiter verfahren wird und die gefassten Beschlüsse überall genau beachtet werden. Die Rätzer noch mitteilte, werden von nun an nur noch diejenigen Firmen verpflichtet, bei welchen die Arbeiter ausständig sind. Hierauf berichteten zahlreiche Redner über die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen und über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben. Hierbei wurde bemängelt, daß die mit den Klempnern zusammenarbeitenden Schlosser, Dreher, Schlosser usw., die ebenfalls an der Forderung: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, interessiert sind, in einigen Betrieben noch keine Stellung genommen haben bezw. in Aktion getreten sind. In der weiteren Diskussion wurde von mehreren Rednern, die ebenfalls alle den Verlauf der Bewegung als einen günstigen bezeichneten, zum einheitlichen Handeln und zum feiten Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert. In seinem Schlußwort wies Rätzer noch darauf hin, daß in allen Werkstätten, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, Vertrauensmänner gewählt werden müssen, und daß jeder arbeitende Klempner gemäß einem früheren Beschluß verpflichtet ist, pro Woche 50 Pf. an den Unterstützungsfonds abzuführen. Außerdem verwies er darauf, daß der Arbeitsnachweis in der Alexandrinenstraße von allen Arbeitssorten, und zwar in ihrem eigenen Interesse, streng zu meiden ist. Mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen der Bewegung schloß die imposante Versammlung ihren Verlauf.

Die in Metallgießereien Beschäftigten und die Gießer- Arbeiter hielten am Sonntag im Konzenstündigen Konzerthaus eine gut besuchte Versammlung ab, um zu besprechen, wie die augenblicklich sehr günstige Konjunktur ausgenutzt werden kann. Das Referat hatte Alwin Körsten übernommen. Er führte aus, daß die Formner jetzt, wo auf die Unternehmer ein Goldregen herabregnet, auch wieder einmal an die Verbesserung ihrer Lage denken könnten. Als die Veresterung des Metalls eingetreten sei, hätten die Metallwaren-Fabrikanten z. B. bald ihre Warenpreise um 10 Proz. erhöht. Das sei eine gute Lehre für die Formner und Gießer-Arbeiter, wie man die jeweilige Situation auszunutzen habe. Freiwillige Geschenke würden den Arbeitern von den Unternehmern nicht entgegengebracht. Die Löhne seien zum Teil sogar niedriger wie früher. Die Abmachungen vom Jahre 1893 würden doch nicht mehr gehalten. Am meisten litten darunter die Hilfsarbeiter. Damals hätten selbst die Meister einen Minimallohn von 21 Mark für die erwachsenen Gießer-Arbeiter als durchaus gerecht bezeichnet. Jetzt werde oft weniger bezahlt, und auf Vorhaltungen erklärten die Arbeitgeber, daß die Hilfsarbeiter nicht mehr verlangten. Pflicht der Formner wäre es, sich der Hilfsarbeiter anzunehmen. Vor allem müsse an die allgemeine Einführung des neunstündigen Arbeitstages und an eine entsprechende Lohnerhöhung gedacht werden. Ein Nebenstand sei auch das Zwischenmeisterthum, das sich im Verlaufe breitmache. — Die Schloßerei, die in den letzten Jahren die Kollegen beherzigt habe, sei wohl darauf zurückzuführen, daß ihnen der große Metallindustriellen-Verband gegenüberstehe. Das brauche aber die Kollegen aus den Metallgießereien antaunlicherweise zu bemerken. Die Seltener der Metallwaren-Fabrikanten mit ihrem Arbeitsnachweis in der Alexandrinenstraße habe auf dem Arbeitsmarkt lange nicht den Einfluß, wie die eigentlichen Käufernämner in Norden. Und selbst diese hätten die Macht der Arbeiterorganisation in letzter Zeit erlitten, indem sie deren Vertreter in ihre Gießereien hinein-gelassen hätten, damit sie sie nach Leipziger Streikarbeit durchzuführen könnten. Wenn die Kollegen eine Lohnbewegung durchzuführen wollten, dann müsse sich diese aber auch auf die großen Metallwaren-Fabriken und nicht bloß auf die Gießereien erstrecken.

Körsten schlägt dann im Einverständnis mit der Agitationskommission folgende Resolution vor: „Die Versammelten erklären, daß sie gewillt sind, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es sollen gefordert werden die neunstündige Arbeitszeit und 10 Proz. Zuschlag auf den Lohn und Verdienst. Von dem Zuschlag sind auszunehmen die Gießereien, die in letzter Zeit entsprechende Aufbesserungen haben eintreten lassen. Ferner ist zu fordern die Durchführung des 1893 anerkannten Minimallohnes von 21 M. für erwachsene Gießer-Arbeiter. Zum Zweck einer friedlichen Lösung wählt die Versammlung eine Kommission, welche mit den Meistern und Fabrikanten in Verhandlung zu treten hat. Die Kommission erstattet in der nächsten (in einer Woche stattfindenden) Versammlung Bericht und es wird in dieser Versammlung endgültig über die Ausführungsbedingungen Beschluß gefaßt.“ — Es folgte eine recht lebhafte Debatte. Die meisten Redner sprachen sich für die Wahl einer Kommission aus, die den Versuch machen solle, mit den Unternehmern zu verhandeln. Man war sich darin einig, daß spätestens in acht Tagen der Kampf eröffnet werden müsse, wenn bis dahin keine friedliche Einigung erzielt worden sei.

Als recht unwürdig wurden die Verhältnisse in den Fabriken von Wyke und von Joseph bezeichnet. Ferner nannte man als Betriebe, welche eine besondere Beachtung verdienen, die von Schäffer u. Oelmann und von Jürst. Bei Jürst sollen vor allem die Hilfsarbeiter niedrige Löhne und eine recht lange Arbeitszeit haben. Tobjak verwies darauf, daß die Formner in solchen Werkstätten nach der Resolution für die Hilfsarbeiter mit eintreten müßten. In verschiedenen Betrieben seien in letzter Zeit von den Kollegen Lohnaufbesserungen durchgeführt worden. Dort solle nun nach der Resolution der Ausschlag nicht gefordert werden, wenn die Aufbesserung 10 Proz. des vorherigen Verdienstes ausmache. Beträge sie nur 5 Proz., dann seien weitere 5 Proz. zu fordern. Redner wendet sich gegen den Vorschlag, da eine Lohn-erhöhung nicht zu fordern, wo schon der Neunstundentag durchgeführt sei und gute Preise gezahlt würden. Auch in denartigen Betrieben sei der Zuschlag zu fordern, und es könne nur davon abgegangen werden, wo ganz besonders günstige Lohnverhältnisse existierten. Darüber sei aber von Fall zu Fall zu entscheiden, und zwar mit Zustimmung der Kommission. Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. Mit den Verhandlungen wurde die Agitationskommission betraut. Ferner wurde beschlossen, daß in den ersten Tagen der Woche überall Werkstätten-Versammlungen abgehalten seien, damit die Werkstätten-Vertrauensleute die Kommission in der Vertrauensmänner-Konferenz, welche Mitte der Woche stattfindet, über die Stimmung und über die Absichten der Kollegen unterrichten könnten. In der Konferenz wird im „Vorwärts“ noch besonders eingeladen werden.

Der Verein der Lithographen, Stein drucker und Verlags- geoffen (Zahlstelle III) hielt seine Monatsversammlung am 13. September im Dresdener Garten ab. Kollege Tischendorf weist auf die Volkstümlich-Aufführung „Die Schöpfung“ von Gahdn und die jetzt wieder beginnenden Volks-Hochschulkurse hin. Wegen die neu aufgenommenen Mitglieder findet kein Einwand statt. Der interessante Vortrag „Moderne Richtungen in Kunst und Kunst-

gewerbe“ des Herrn Dupont fand außerordentlichen Beifall. In der Diskussion bemerkt R. Tischendorf, daß die Arbeiterchaft die Macht hätte, beim gegenwärtigen Bau des Gewerkschaftshauses einen den Arbeitern genehmen Stil zu verwenden oder es mit Darstellungen aus dem Arbeiterleben auszustatten. Die Namen der 33 Kongreßdelegierten werden verlesen. Ueber circa 337 Berliner Lithographen haben wir auf Grund von ausgegebenen Listen Aufschluß über ihre Arbeitsverhältnisse erhalten. Der Kongreß wird dieses Material weiter verarbeiten. Wörzing und Döbel finden es, nach dem vorausgegangenen Bericht Tischendorfs über die beiden Leipziger Versammlungen mit den Sonderbetriebern, nicht richtig, daß dort die Stein drucker mitstimmten. Tischendorf bemerkt dazu, die Versammlung war eine öffentliche, folglich waren die Drucker berechtigt mitzustimmen, anderenfalls wäre die erste Versammlung und das Referat unmöglich gewesen.

Die Freie Vereinigung der Banarbeiter Berlins und Um- gegend hielt am Sonntag, den 17. d. M., im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. In Punkt 1 der Tagesordnung hielt Genosse Regierungsbaumeister Kehler einen einstündigen Vortrag über Gewerkschafts-Organisation, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprach Bernau im Sinne des Referenten und ermahnte die Kollegen, an der Organisation festzuhalten. — In Punkt 3: Unsere Lohnforderung und die Zugeständnisse des Arbeitgeberbundes, teilte der Vertrauensmann Friedrich Krüger den Votant, welcher vom Arbeitgeber-Bund ausgearbeitet, jedoch nicht angenommen worden ist, mit. Es soll von Seiten der Arbeitnehmer ein Tarif ausgearbeitet und dem Arbeitgeber-Bund unterbreitet werden. Es wurde darauf eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Aufrechterhaltung der Forderungen beschlossen wird. Der auszuarbeitende Votant soll vervielfältigt und jedem Verbandsmitglied zugestellt werden. In Punkt 4: Sammel- und Unterstützungswesen, wurde der Antrag angenommen, daß jeder Kollege 16 Marken in seiner Karte haben muß, um unterstützungsberechtigt zu sein. Sodann wurde Sad als erster, Franz Tischler als stellvertretender Gewerkschaftsleiter-Delegierter gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter, die am Sonntag in Cohns Festsaal stattfand, beschäftigte sich mit der Beschäftigung über die Vorschläge der Kommissionsmitglieder von Seiten der Arbeitgeber. Als Referent fungiert Roa d. Derselbe berichtet über die Unterhandlungen mit der Unternehmerkommission, die teilweise einen stürmischen Charakter trugen. Die Kommission der Bauarbeiter schlägt folgenden Tarif, der ein wenig über die Zugeständnisse der Unternehmer hinweg geht, als maßgebend vor: Minimallohn für Arbeiter 40 Pf., für Wasserträger und Müstungsbauer 45 Pf., für Steine- und Maltträger in den unteren Etagen 50, in den oberen Etagen 60 Pf. Im Accord sollen an Steinträger gezahlt werden für 1000 Steine im Keller 2,50 M., für jede Etage ein Zuschlag von 25 Pf. pro Meter erreichter Bauhöhe. Die Unternehmer wollten sich das Recht vorbehalten, an „ungelehrte“ Bauarbeiter einen niedrigeren Lohn zu bezahlen. Darauf können natürlich die Arbeiter nicht eingehen, höchstens können sie zugestehen, daß invalide Arbeiter eine geringere Entlohnung erhalten. Schließlich fordern die Arbeitgeber die Einbeziehung einer Kantion von 25 Pf. pro 1000 Steine bis zur Vervollendung des Accords, sowie Abrechnung am Freitag. In der sehr lebhaften Diskussion machen sich viele Stimmen gegen die Weiterberechnung geltend, da dieselbe für die Bauarbeiter viel zu kompliziert erscheint. Die meisten Redner verlangen einen Accord von 2,50 M. im Keller und einen Zuschlag von 1 M. für normale, d. h. nicht über 4 Meter hohe Etagen. Es wird dann folgender Antrag angenommen: „Da die Berechnung der Unternehmer für viele Bauarbeiter zu kompliziert ist, die Berechnung auch im weitestgehenden unseren Forderungen entspricht, ist unsere Forderung (resp. Tarif) hochzubalten und mit allen Mitteln für deren Durchführung einzutreten. Ebenso verweist man die Forderung der Kantionsstellung und das Verlangen der Arbeitgeber, nach ihrer Ansicht minderwertigen Arbeitskräften einen geringeren als den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. — Ausdandei wird an Stelle des bisherigen Kommissionsmitgliedes Bogandei Celschläger gewählt. Unter „Verschiedenes“ macht Roa d. einige Mitteilungen über die Bewegungen der Kupferträger und der Bahnhöfner, deren letztere Bewegung mit einem Siege endete. Zur Sprache kommen dann noch die Verhältnisse auf verschiedenen Bauten und die Frage, ob die Kollegen, welche aus den Nachbarorten hier arbeiten, ebenfalls zum Berliner Streikfonds zu steuern haben. Trotz der gegenteiligen Meinung des Hauptvorstandes hält die Versammlung dies für berechtigt. Angekündigt wird auch die Frage einer Organisation der Arbeiter, wobei die überausende Mitteilung seitens des Vorsitzenden gemacht wird, daß solche Organisation bereits vorhanden sei, die sich leider nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung befindet. Das Bureau dieser Organisation ist in der Marienburgerstr. 31, vorn 1 Treppe. Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Bauarbeiterbewegung schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Die selbständigen Bildhauer erklärten sich in einer Versammlung, die am Montag stattfand, einverstanden mit den zwischen den beiderseitigen Vorkommissionen getroffenen Abmachungen hinsichtlich der Lohnbewegung der Holzbildhauer. Wie Herr Westphal in der Versammlung mitteilte, haben die Gehilfen angekündigt, daß sie im nächsten Jahre gemeinsam mit den Tischlern die achtstündige Arbeitszeit einzuführen denken. Herr Westphal schlägt vor, eine Organisation der selbständigen Bildhauer zu gründen, denn den Lohnkämpfen könne nur dann die bittere Spitze abgebrochen werden, wenn auf beiden Seiten Organisationen bestehen, die sich gegenseitig respektieren. — Es soll ein Circular an alle Tischlerereien und Wangenschäfte verfaßt werden, wodurch die selbständigen Bildhauer mit Rücksicht auf die den Gehilfen gewährte Lohnerhöhung eine 10prozentige Erhöhung der Preise fordern.

Verein der selbständigen Fensterrahmer. Dienstag abends 8 Uhr, Generalversammlung und Vorstandwahl bei Reichwald, Alie Jakobstr. 54/55b.

Das Komplott gegen die Republik.

Vor dem als Staatsgerichtshof versammelten Senat begann Montagnachmittag der Prozeß gegen die royalistischen Verschwörer. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Umgebung des Palais du Luxembourg sind strenge polizeiliche Maßregeln getroffen worden. Eine große Menschenmenge bewegt sich in den Straßen. Der Teil des Gartens, der sich in unmittelbarer Nähe des Palais du Luxembourg befindet, ist für das Publikum abgesperrt. Im Sitzungssaal sind die für das Publikum bestimmten Tribünen und Galerien gedrängt voll.

Um zwei Uhr erklärte der Präsident Fallières die Sitzung für eröffnet. Nach der Verlesung des Einberufungsdekrets verlangt de Lamarzelle das Wort. Der Präsident verweigert ihm dieses. Da de Lamarzelle weiter zu sprechen verlangt, fängt die Linke an, mit den Fülßbedeln zu schlagen. Schließlich wird zum namentlichen Aufruf geschritten, worauf der Oberstaatsanwalt beginnt, die Anklageschrift zu verlesen. In der Anklageschrift werden die vom Untersuchungsrichter Habre festgestellten Thatfachen dargelegt. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Anhebungen in den Jahren 1898 und 1899 auf eine Verschwörung zum Zwecke einer Abänderung der Regierungsform zurückzuführen sind. Nach den weiteren Ausführungen des Oberstaatsanwalts sind zwei Gruppen zu unterscheiden: 1. Die Patriotenliga, welche an Stelle der parlamentarischen Regierung eine konstitutionelle setzen will. 2. Die Antisemitische Guérins, der die Nationalisten, Royalisten und Imperialisten zum Zwecke eines Aufstandes vereinigt. Du bu e, der Leiter der antisemitischen Agen, bildet das Bindeglied zwischen der Patrioten- und Antisemitenliga und unterstützt die royalistischen Antriebe des Comtes de Sabran, der mit dem Komitee in Caen und Havre korrespondiert.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Enthüllungen über eine lebhaft korrespondenz, die zwischen dem Herzog von Orleans und seinem Vertrauensmann Buffet geführt wurde. Der Herzog schreibt im Juli 1898, daß eine gewisse Persönlichkeit ihm die Unterstützung zahlreicher Arbeiterindividuen zugesichert habe, 300 000 Franken würden genügen. Bald folgte der Streik der Erdarbeiter im Oktober 1899 und die von der Patriotenliga im Saale Charras ins Werk gesetzte Versammlung vom 20. Oktober. Auf eine Depesche Buffets kommt der Herzog von Orleans am 23. Januar nach Brüssel, wo er am 25. Januar den Besuch Guérins empfängt. Am 13. Februar empfängt der Herzog in San Remo die Royalisten. Am 23. Februar erfolgt die Verhaftung Droulades in der Kaserne. Die Royalisten setzen ihre Treibereien fort, alles ist für den Fall eines glücklichen Ausganges bereit, die Beamten sind designiert. Am 1. Juni telegraphiert Buffet dem Herzog von Orleans, es sei nötig, daß er in der Nähe sei, am 3. Juni telegraphiert er dem Herzog, die Ereignisse seien für eine lange Abwesenheit zu ernst, und am 4. Juni findet die Kundgebung der Antisemiten statt.

Der Staatsanwalt erinnert sodann an die Aufforderungen Droulades in St. Cloud vom 2. Juli und im Theatre de la Republique vom 16. Juli. Seit April d. J. hatte Guérin Gelder und richtete sich in der Rue Chabrol ein. Dubuc betrieb die Agitation in der Provinz.

So standen die Dinge, als die Untersuchung eingeleitet wurde. Die vorgelommenen Hausdurchsuchungen bestätigten alle Verdachtsmomente. Infolgedessen ersucht der Procurator den Staatsgerichtshof, das Verfahren gegen 22 Beschuldigte zu eröffnen.

Ein einziger Zwischenfall ereignete sich bei Verlesung der Anklageschrift. Als der Procurator die seit einem Jahre veranfalteten Kundgebungen aufgezählt, wird er von Lamarzelle und de Broquis de Lamnah unterbrochen. Die Linke protestiert und überschreit die Unterredner.

Nach der Verlesung der Anklageschrift muß das Publikum die Tribünen verlassen. Der Senat tritt sodann zu einer Beratung mit Ausschluß der Öffentlichkeit zusammen.

Nach längerer Beratung beschloß der Staatsgerichtshof auf Antrag des Angeklagten, daß diese während der Untersuchung von ihren Anwälten unterstützt werden sollen. Hierauf wurde mit 23 gegen 22 Stimmen die Anklageschrift zur weiteren Prüfung an die Untersuchungs-Kommission verwiesen. Die Beratung über die Kompetenzfrage wurde nach dem Schluß der Untersuchung verlegt, welche von der Kommission des Gerichtshofs demnachst eingeleitet wird. Auch die Frage, ob die Angeklagten und ihre Verteidiger der Beratung über die Kompetenzfrage beizuwohnen sollen, wurde vorläufig zurückgestellt. Beim namentlichen Aufruf antworteten 270 Senatoren. Trarieux und Döres erklärten sich für unbefugt, als Richter zu fungieren, da sie Verwandte von Angeklagten seien. (Trarieux will mit Droulades verwandt sein.) Die Sitzung wurde dann um 7¼ Uhr ohne Zwischenfall aufgehoben.

Unter den beschlagnahmten Dokumenten sollen sich solche befinden, aus denen die Rolle des Klerus bei dem Komplott und die Organisation und Agitation hervorgeht, welche die hauptsächlichsten Klosterkongregationen seit drei Jahren betrieben haben, seit welcher Zeit sie mit der staatlichen Besteuerung unzufrieden sind. Es wird darin der Beweis erbracht, daß die Klosterorden beträchtliche Summen für eine äußerst lebhaft propagandistische republikanischen Institutionen aufgeworfen haben. Neben dieser direkten Agitation haben die Kongregationen eine ganze Anzahl von Specialzeitungen gegründet, die durch sie inspiriert und subventioniert wurden und eine mächtige Verbreitung im Lande fanden.

Wahlresultat aus dem VIII. sächsischen Wahlkreis.

Birna, 18. September. (Privatdepesche des „Vorw.“) Bei der heutigen Nachwahl erhielten Stimmen: Fräßdorf (Soe.) 11364, Antisemit 10447, Freisinn 1787 Stimmen. Einige Orte sehen noch aus, die das Resultat aber nicht beeinflussen. Stichwahl sicher. Wahlbeteiligung viel stärker als 1898.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 18. September. (W. G.) Die Frankf. Stg. meldet aus New York: In Carterville (Staat Illinois) wurden bei einem Kampfe zwischen weißen Bergleuten und schwarzen Streikbrechern sieben der letzteren getötet.

Chemnitz, 18. September. (W. G.) Größtes Aufsehen erregt das Verschwinden des Stadtrats Winkler. Derselbe hatte sich gestern abend um 11 Uhr aus seiner Wohnung entfernt, um noch einen Spaziergang nach der Theaterstraße zu machen und dann in das dortige Kaffee zu gehen. Er ist dafelbst jedoch nicht angekommen und auch nach seiner Wohnung nicht zurückgekehrt. Die Chemnitzer Polizei erucht, alle Nachrichten über das Verbleiben des Stadtrats ihr zukommen zu lassen.

Laibach, 18. September. (W. G.) Heute früh 7¼ Uhr wurde ein heftiger Erdstoß verspürt, welcher eine große Panik hervorrief, jedoch keinen Schaden anrichtete.

Kopenhagen, 18. September. (W. T. B.) Der König empfing heute den Vondirektor Heide, das Mitglied des Folketings Zier und den Bankier Bing in besonderer Audienz und sprach denselben seine Anerkennung aus für ihre energischen uneigennütigen Bestrebungen für den stumme erfolgten Abschluß der großen Arbeiterperce.

London, 18. September. (W. G.) Wie in Regierungskreisen verlautet, wird Präsident Krüger von einer europäischen Großmacht zum Widerstande aufgemuntert. Infolgedessen wird der am Mittwoch stattfindende Kabinettsrat bedeutende erweiterte Forderungen in Form eines Ultimatum beschließen.

Rom, 18. September. (W. T. B.) Der socialistische Deputierte Brampolini, gegen den wegen der Beschädigung der Abstammungsurnen in der Kammerstimmung vom 30. Juni Anklage erhoben ist, hat sich hier der Behörde gestellt. Die übrigen Angeklagten Drisolati, de Felice und Morganti befinden sich im Auslande.

Belgrad, 18. September. (Melbung des Wiener Korresp.-Bureaus.) **Hochverratsprozeß.** Nachdem das Verhör beendet, hält der Generalprocurator seine Anklagerede. Er weist gegenüber dem Zeugen der Angeklagten darauf hin, daß Anzejewitsch aus eigenem Antrieb Kobazewitsch und Dimitich als Anstifter bezeichnet habe. Die Auforderung Bajitsch zur Steuerverweigerung sei itztlich, da sie die Gährung in der Bevölkerung erwecken und die Aufgabe der Behörden vereiteln konnte; alles habe auf Erregung einer Revolte abgezielt. Der Procurator legt weiter dar, die Anklage gegen Bajitsch und Tauschanowitsch sei nicht entkräftet worden. Letzterer sei der Autor revolutionärer Aufzeichnungen. Die antidynastischen Handlungen des Erzpriesters Gharik seien allbekannt. Milenowitschs Behauptung, die Korrespondenz mit Karageorgewitsch habe sich auf eine Geldforderung zur Begründung eines Blattes beschränkt, sei hinfällig. Milenowitsch hätte ein solches Verlangen an den König und nicht an einen Präsidenten stellen müssen. Die Anklage gegen Bidowitsch sei nicht entkräftet worden, es sei bewiesen, daß Bidowitsch antidynastisch-revolutionäre Prosklaren verfaßt und seinen Hof gegen die Obrenowitsch bei dem Verleihen begünstigte Gatsich haben gab. Der Procurator weist ferner auf die Verbindungen Bidowitschs mit Anzejewitsch und Montenegro hin und betont, die Anklage bezüglich der übrigen Angeklagten sei durch nichts widerlegt worden; er verlangt die Anwendung des Gesetzes und die Beurteilung der Angeklagten zum solidarischem Ersatz der Gerichtskosten.

Die Ermordung des Bildhauers Valentini.

Ein in seinen Einzelheiten noch nicht aufgeklärter Mord ist in der Nacht zum Montag in dem Hause Wilhelmstraße 118, gegenüber der Puttkamerstraße, verübt worden. Es wird darüber berichtet:

Im Nebenhaus, Wilhelmstr. 117, befindet sich die 27. und 44. Gemeindefschule. In dem Hause No. 118 ist der bekannte Ballsaal und das Bierhaus von J. Woske. Auf dem zweiten Hofe, der von den beiden benachbarten Grundstücken leicht zu erreichen ist, wohnte der Bildhauer und Vergolder Luigi Valentini seit dem Jahre 1886. Im Erdgeschoß waren die Geschäftsräume und im ersten Stod die Wohnräume des 45 Jahre alten ledigen Italieners. Dieser wurde gestern früh gegen 7 Uhr von einem Handdiener und einem Arbeiter des Valentini im Erdgeschoß vor einem abgelegenen Ort ermordet vorgefunden. Valentini lag mit dem Gesicht auf der Erde. An der Stirn zeigte sich eine klaffende Wunde, der Kopf war dick geschwollen und der Tote kaum zu erkennen. Die beiden Arbeiter schlugen gleich Alarm und benachrichtigten unverzüglich die Polizei, die das Grundstück sogleich absperrete. Es besteht aus einem Vorderhaus, einem linken Seitenflügel und einem großen Quergebäude, die einen großen asphaltierten Hof umschließen. Nach der Gemeindefschule zu wird das Grundstück von einer niedrigen Mauer begrenzt. Ein zweites kleineres Quergebäude befindet sich auf dem zweiten Hofe, der von einer mauerhohen Mauer umschlossen wird. Sie bietet keinerlei Schwierigkeiten beim Uebersteigen. Im ersten Quergebäude ist ein Saal erbaut, weshalb der Durchgang über den Hof, sobald der Saal geöffnet ist, stets offen ist. Der Eingang nach dem zweiten Hofe ist nur am Tage geöffnet und schließt sich an den Durchgang an. Der ermordete Italiener pflegte die Thüre zu dem zweiten Hof regelmäßig selbst zu schließen. In dem zweiten Quergebäude, auch Gartenhaus genannt, befindet sich zu ebener Erde ein großes dreieckiges Zimmer, das als Werkstatt benutzt wurde, daran schließen sich noch andere Räume, die Geschäftszwecken dienen. Im ersten Stod bewohnte Valentini ein größeres zur Aufbewahrung von Mustern dienendes Zimmer, ein Schlafzimmer und ein Wohnzimmer, sowie eine Küche. Im Erdgeschoß neben der Treppe vor einem abgelegenen Ort wurde Valentini in seinem Blute liegend gefunden. Die Leiche war schon kalt, was darauf schließen läßt, daß der Tod schon einige Stunden vorher eingetreten sein muß. Valentini, der in der Regel 8-10 Personen, meist Deutsche, aber auch Italiener und Franzosen beschäftigte, wird von den einen als ein sehr solider Mann, von den anderen als ein Don Juan geschildert. Sein Vermögen soll er stets in einem Lederkettel auf der Brust getragen und bares Geld in mehreren Börsten bei sich gehabt haben. Seine Lebensweise wird als eine geregelte geschildert, und sein Geschäft wurde als blühend angesehen. Mehrere tausend Mark soll V. stets mit sich herumgetragen haben. Diese Eigentümlichkeit war nicht nur seinen Arbeitern, sondern auch seiner Aufwartefrau und den Hausbewohnern und Geschäftsfreunden bekannt. Erst vor acht Tagen war er von einer Reise nach Rom zurückgekehrt. Ueber den Leichenfund wird berichtet, daß Valentini förmlich in seinem Blut geschwommen habe. Das Klotz, vor dem er lag, war gewaltsam geöffnet, die Wände mit Blut bespritzt. Die Wunden, die V. durch ein stumpfes und ein scharfes Instrument erlitten haben muß, sind sofort tödlich gewesen und sind ihm wahrscheinlich von zwei Personen beigebracht worden. Innerhalb des Klotzes lagen der Hut und ein Schirm des Ermordeten, der dort überfallen ist. In den oberen Räumen waren die Behälter erbrochen und teilweise durchwühlt. Die Mörder hatten den Inhalt untersucht und vieles davon herausgezerrt. Der Fußboden war damit bedeckt. Es ist anzunehmen, daß ein Raubmord vorliegt, doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Rachmord handelt. Die im Vorderhause wohnende Tochter des Wirts, Fräulein Woske, hat um 10 Uhr, als Valentini nach Haus kam, mit ihm gesprochen und mit ihm einige Sätze am Schanisch gewechselt. Der Handdiener hat gegen 2 Uhr die Hunde an den ersten Hof gelassen und den Durchgang geschlossen. Er hat dabei zwei Männer getroffen, die das Haus verließen, aber sich weiter nicht dabei gedachte. Mutmaßlich sind diese beiden Männer die Täter, von denen der Hausdiener aber leider keine bestimmte und genaue Beschreibung geben kann. Der Mord wird schon deshalb mit ihnen in Verbindung gebracht, weil um diese Zeit der Mord aller Wahrscheinlichkeit nach ausgeführt worden ist. Die Unbekannten werden beschreiben als zwei mittelgroße Männer im Alter von 25-30 Jahren. Die Männer dürften bei einem Diebstahl von Valentini überrascht worden und dann gleich über ihn hergefallen sein. Nach den Blutspuren zu urteilen, müssen die Mörder auch verletzt sein. Man fand Blutspuren nicht allein auf dem zweiten Hof, sondern auch auf dem ersten Hof. Wahrscheinlich haben sich die Mörder sogar dort am Brunnen gereinigt. In der Wohnung hat man keine Blutspuren wahrgenommen. Wieviel und was die Mörder geraubt haben, ist noch nicht festgestellt, doch fehlt der Beutel, den Valentini auf der Brust getragen haben soll. Die Brust war aufgerissen und die Kleidung zerrissen. Bemerkenswert ist, daß bei dem Gastwirt J. Woske im Vorderhause in der letzten Zeit nicht weniger als sechsmal eingebrochen worden ist. Woske ist mehrmals bestohlen und vor den Spitzbuben gewarnt worden. Allgemein wird angenommen, daß nur solche Personen den Mord verübt haben können, die mit der Lebensweise des Valentini und seinen Verhältnissen genau vertraut waren. Die beiden verdächtigen Männer sollen dunkle Jacketanzüge und Hüte getragen haben.

Nach einer gestern gegen Abend an den Aufschlagäulen erschienenen Bekanntmachung, in denen die Polizei auf die Ergreifung der Mörder 1000 Mark Belohnung aussetzt, ist Valentini am 20. Juni 1854 zu Kovara in Italien geboren.

Zwei Personen wurden im Laufe des Tages als verdächtig eingezogen und auf dem Polizeipräsidium eingehend verhört. Die Vernehmungen waren am Spätnachmittag noch nicht beendet.

Vom späten Abend wird noch berichtet: Die Ermittlungen haben bisher nur sehr wenig Anhaltspunkte zur Entdeckung der Mörder zu Tage gefördert. Der Eingabe, der diese gesehen hat, ist der Hausdiener Schwandke und der kann leider keine auch nur einigermaßen genaue Beschreibung von ihnen geben. Es wäre wünschenswert, wenn Leute, die sich in der kritischen Zeit in der Gegend des Theatres, des Hallischen Theatres etc. bewegt haben, sich ihre Beobachtungen in das Gedächtnis zurückrufen und gegebenen Falles der Kriminalpolizei ihre Wahrnehmungen mitteilen wollten. Die bisher festgestellten Personen sind wieder entlassen worden. Kriminalkommissar v. Wödemann hat gestern nachmittag alle Geschiffen und Gehilfen, die bei Valentini beschäftigt waren, vernommen. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Ermordete eine silberne Remontoir-Uhr trug. Diese ist ebenfalls geraubt. Leider kennt man ihre Nummer nicht. Es ist eine Uhr mit Doppeltasche und Goldrand. Ob der hintere Deckel glatt oder verzinkt ist oder eine Gravierung enthält, weiß man nicht. Das weiße Hifferblatt aber trägt in blauer Schrift den Namen Luigi Valentini. Die Chatelaine ist anscheinend aus Kadel oder vernickelt, sieht aber schon etwas gelblich aus. Die Frau des Bildhauers und Trödler wollen gut thun, nachzusehen, ob ihnen im Laufe des gestrigen Tages eine solche Uhr oder eine Uhr ohne Hifferblatt angeboten worden ist oder darauf zu achten, ob sie ihnen künftig vorkommt und eventuell der Kriminalpolizei unverzüglich Mitteilung zu machen.

Die Aufschlagäulen mit der Bekanntmachung waren gestern abend in allen Stadtteilen ununterbrochen förmlich belagert

Tokales.

Ueber die Arbeiter-Krankenversicherung Berlins im Jahre 1898 werden vom „Statistischen Amt der Stadt Berlin“ Tabellen veröffentlicht, die aus den Mitteilungen der Krankenkassen an die Aufsichtsbehörden zusammengestellt sind. Wir geben daraus die folgenden Hauptzahlen. Im Jahre 1898 (bzw. im Vorjahre 1897) war die durchschnittliche Mitgliederzahl: bei 58 (bzw. 58) Orts-Krankenkassen 233 879 (224,304) männliche, 120 631 (111 312) weibliche; bei 32 (bzw. 33) Betriebs-Krankenkassen 50 311 (43 929) männliche, 5597 (4790) weibliche; bei 19 (bzw. 19) Innungs-Krankenkassen 21 295 (20 680) männliche, 5760 (5602) weibliche; bei der Gemeinde-Krankenversicherung nur noch 8 (10) männliche, 26 (24) weibliche; bei den beiden staatlichen Betriebs- (Eisenbahn- und Post-) Krankenkassen 20 814 (19 974) männliche, 1901 (1066) weibliche; bei 38 (bzw. 38) eingeschriebenen Hilfskassen 21 896 (21 727) männliche, 11 266 (9015) weibliche; bei 2 (bzw. 2) freien landesrechtlich genehmigten Hilfskassen 422 (465) männliche; bei 26 (bzw. 26) eingeschriebenen Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenkassen-Gesetzes von 1883 nicht entsprechen, 46 904 (34 879) männliche, 4498 (1164) weibliche. Ueber die Erkrankungen und Sterbefälle liegen für die letztgenannten Kassen keine vollständigen Zahlen vor. Bei den anderen, den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen und der Gemeinde-Krankenversicherung, sowie den staatlichen Betriebs-, den eingeschriebenen und den freien landesrechtlich genehmigten Hilfskassen, erkrankten 1898 (bzw. 1897) männliche Mitglieder in 134 316 (126 265) Fällen mit 3 101 346 (2 919 733) Krankheitsstagen, weibliche in 52 372 (46 294) Fällen mit 1 407 069 (1 210 921) Krankheitsstagen, und es starben 3299 (3289) männliche, 774 (699) weibliche. Es macht das auf 100 männliche Mitglieder 33,53 (38,16) Erkrankungs- und 0,94 (0,99) Sterbefälle, auf 100 weibliche Mitglieder 36,49 (34,97) Erkrankungs- und 0,54 (0,53) Sterbefälle.

Kommerzienrat Kühnemann als Protektor des Rorbachers Fischer. Nachdem die „Post“ die Hand von ihrem Schilling Fischer zurückgezogen hatte, und der Helfer bei den ersten Schmutzproben des Betrügers, der einstige „Post“-Redakteur Finl über das Meer verduftet war, sah sich der gewerkschaftliche Verleumder der Sozialdemokratie genötigt, in den Kreisen derer von Besitz und Bildung andere Gönner aufzufinden, die ihm bei dem Zustandekommen fernere Subelwerke behilflich sein könnten. Fischer wandte sich an den Kommerzienrat Kühnemann, und als dieser erfuhr, daß der bekannte Rorbacher eine neue Proklamation gegen die Sozialdemokratie in Arbeit hatte, ließ der generöse Arbeiterfeind durch den Leiter des Bureau des Verbandes der Metallindustriellen, einen Hauptmann a. D., dem Fischer sofort 100 Mark auszahlen, damit dieser sich ungehindert seiner unsauberen Thätigkeit widmen konnte. Als Fischer nun sein althergebrachtes Werk fertig hatte, schickte er das Manuskript an das Verbandsbureau der Metallindustriellen. Ob man hier das Subelwerk redigierte, wie es der „Post“-Finl bekanntlich mit den ersten Fischerproklamationen gethan hat, ist uns nicht bekannt. Dagegen wissen wir, daß der Hauptmann a. D. wohl im Auftrage des Kommerzienrats Kühnemann wegen Ankaufs des Manuskripts mit Fischer unterhandelte, und daß Kühnemann oder der Verband der Metallindustriellen an die Druckerei der „Staatsbürger-Zeitung“ 50 M. einzahle als Voranschlag auf die Druckkosten der Schmutzproklamation. Als dann auf Fischers Betreiben ein Verleger den Druck der Proklamation auf eigenes Risiko übernahm, überließ Herr Kühnemann auch die bei der „Staatsbürger-Zeitung“ eingezahlten 50 M. seinem Schilling Fischer, vielleicht um ihn zur Fortsetzung seiner unsauberen Arbeit zu ermuntern.

Man sieht, daß den Vertretern von Besitz und Bildung, keine Person zu anrücklich ist, wenn sie glauben, mit deren Hilfe die Sozialdemokratie beschwigen zu können. Doch das sind Geschwätzjäger, aber die sich nicht freiten läßt. Da es dem Gehirne des Kommerzienrats Kühnemann nicht zuwider ist, sich der Verleumdungsschritten eines Fischers im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu bedienen, so möchten wir ihm doch raten, auch die Kampagne des berühmten Mannes, wie Lorenzen, Schenberlein und Köster zu protegieren. Vielleicht empfiehlt sich die Gründung eines geschäftlichen Konsortiums zu dem Zweck, die Sozialdemokratie mit den Mitteln gewerkschaftlicher Verleumdung zu vernichten.

Zur Anlegung der neuen Uferstraße zwischen der Waisen- und Jannowitzbrücke ist jetzt mit den Arbeiten begonnen worden. Das große Gartenlokal, welches sich an der Ecke der Bräudenstraße und der Jannowitzbrücke auf dem linken Spree-Ufer weit hinzieht, wird abgebrochen, während an der Waisenbrücke bereits sämtliche für den Straßenbau nötigen Materialien angefahren worden sind. Nachdem zunächst diese kleinere Strecke der Uferstraße hergestellt sein wird, soll sie dann jenseits der Jannowitzbrücke auf demselben Spree-Ufer bis zur Schillingbrücke ausgedehnt werden. Die hier an verschiedenen Stellen in der letzten Zeit errichteten oder noch im Bau befindlichen modernen Fabrikgebäude treten aus diesem Grunde ziemlich weit vom Ufer zurück und halten alle bereits die Baufluchtlinie der ziemlich breiten neuen Straße ein.

In der Angelegenheit der in Deutschland nicht approbierten weiblichen Kassenärzte hat, wie wir mitteilen, der Hilfsverein für weibliche Angestellte gegenüber dem Bescheide des Polizeipräsidiums sich an den Bundesminister gewandt. Von diesem ist nun in einem gleichen Falle, der in Barmen spielte, bereits folgende Verfügung ergangen:

Mit Bezug auf die Verhandlungen, betr. die Anstellung der im Auslande approbierten Ärztin Fräulein Anna Wösta als Kassenärztin durch die Allgemeine Orts-Krankenkasse daselbst, benachrichtige ich Sie, daß bei der Zweifelhaftheit der Rechtslage der Herr Minister für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten eine einheitliche Behandlung dieser Frage für das Reichsgebiet herbeizuführen beabsichtigt.

Auf eine erneute Eingabe des Rassenvorstandes, Fräulein Dr. Wösta als Kassenärztin aufstellen zu dürfen, traf Ende Juli aus dem Handelsministerium der Bescheid ein, daß kein Grund vorliegt, von der früheren Verfügung abzuweichen. Es fragt sich nun, ob in dem neuen Bescheide des Berliner Polizeipräsidiums bereits ein Ergebnis der einheitlichen Behandlung dieser Frage für das Reichsgebiet zu erblicken ist. Aber auch sonst scheint nach der mitgetheilten Verfügung die Vorstellung des Hilfsvereins beim Handelsministerium aussichtslos zu sein. Um so eher ist eine den Bedürfnissen gerecht werdende gesetzliche Regelung der Frage vonnöten.

Die Höhe des Schadens, welchen die Reichspost durch den ungetreuen Geldbrieffräger Schwarz erleidet, ist bisher nicht genau festgestellt worden. Die Behörde rechnet ersichtlich mit der Annahme, daß Schwarz auch früher schon ähnliche Fälschungen ausgeführt hat und unterwirft daher jetzt die durch ihn angehängten Geldsendungen einer Nachprüfung auf die Richtigkeit der vollzogenen Einzahlungen. Bisher ist keinerlei verlässliche Angabe des Flüchtlings gefunden.

Der Ober-Verwaltungsgerichtsrat Kühne, einst bekannt als eifriger Befürworter des Antireichs-Projekts, ist nach der „Kreuz-Zeitung“ in den Ruhestand versetzt worden — Ohne Orden?

Neue Spielplätze. Im Pläntewalde hinter Treptow sollen außer dem schönen Spielplatz, der dort in diesem Jahre fertig gestellt worden ist, aber erst im nächsten Jahre freigegeben werden wird, noch und noch mehr solcher Tummelplätze für Kinder wie für Erwachsene eingerichtet werden. Wenn dieser Plan zur Ausführung

kommt, dann wird wenigstens der Osten der Stadt über eine annähernd ausreichende Zahl von Spielplätzen verfügen.

Etwas 400 in den Straßen Berlins stehende Bäume, die noch in Privatbesitz, aber vielfach sehr vernachlässigt waren, sind im letzten Jahre zum Zweck besserer Pflege in das Eigentum der Stadt übernommen worden. Die Pflege der Straßenbäume ist in einer Großstadt wie Berlin allerdings so mühsam und so kostspielig, daß sie dem Privatmann leicht zur Last wird.

Die städtische Armenverwaltung hat gestern unter Vorsitz des Stadtrats Münterberg zu Armenärzten gewählt: für den 20. Medizinalbezirk Dr. Paul Canon, Große Frankfurterstraße 137; für den 31. Medizinalbezirk Dr. Emil Bietke, Alt-Modau 119; für den 32. Medizinalbezirk Dr. Raphael Rau, Reindendorferstraße 53; für den 33. Medizinalbezirk Dr. Gustav Lorison, Frankfurter Allee 69.

Ungerechte Verdächtigung. Die „Kaufm. Rundschau“ berichtet: Dem früheren Angestellten eines Berliner Engros-Hauses, welcher inzwischen nach Köln überfiedelte, ist eine nachträgliche Ehren-Erklärung zu teil geworden. Im April d. J. fand der Chef der Firma einen Geldbrief an einen auswärtigen Lieferanten und fragte denselben unter anderem vier Fünfsigmarkeine bei. Der Empfänger des Briefes stellte beim Eingang fest, daß diese Scheine fehlten, und wies nach, daß der Brief ohne die fraglichen Scheine angekommen war. Das Fehlen der Scheine ließ sich nicht anders erklären, als daß der Angestellte, der den Brief geschlossen hatte, die vier Scheine entwendet haben würde. Der Mann wurde daher sofort entlassen, obgleich er hoch und heilig beteuerte, die Scheine nicht genommen zu haben. Es war ihm infolge dieses Vorganges nicht möglich, in Berlin eine andere Stellung zu erlangen, weil sein bisheriger Chef bei jeder Anfrage sich in Schweigen hüllte. Er ging deshalb nach Köln, wo es ihm gelang, eine allerdings weniger gut bezahlte Stellung zu finden. Vor kurzem fand nun der Chef beim Aufsuchen seines Koffers unter umherliegenden Druckfahnen die vier Fünfsigmarkeine. Der Angestellte erhielt hierauf von seinem Chef eine Ehren-Erklärung und das Angebot, sofort wieder in seine alte Stellung zurückzukehren.

Auch ein Patriot. Ueberraschende Enthüllungen haben zu der Verhaftung des Direktors Oskar Joellmer vom deutschen „Veteranen-, Invaliden- und Beamtenheim“ und zur Beschlagnahme seiner Bücher geführt. An der Spitze des Vereins, der das Heim untersteht, standen die Geheimen Ober-Regierungsräte Graf v. Bernstorff, Hr. v. Broich, sowie General a. D. von Raake. Aus diesem Verein ging infolge eines Zwistes ein neuer hervor, in dem es an einer Beaufichtigung der Geschäftsführung geht zu haben scheint. Da Joellmer, der auch in Lauch-Brosch genannt wurde und wegen Verbrechens gegen das heimische Leben mit einem Jahre Gefängnis bestraft ist — J. hatte seinem Vater zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und dieser wiederum zeigte ihn an — wurde es durch allseitige Vorspiegelungen dahin zu bringen, daß man ihn zum Direktor des neuen Vereins machte. Die merkwürdigen „Geschäfte“, die er, angeblich im Interesse der armen Veteranen, entrichtete, haben nun zu seiner Verhaftung geführt. Er ist wegen Untreue und Betrugs bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Am Freitag wurde Joellmer verhaftet. Ein einziges Geschäftsbuch, das er in der letzten Zeit angelegt hatte, wurde beschlagnahmt. Der Staatsanwalt setzte den Verhafteten Sonntagmorgen, vorläufig auf freien Fuß, da er in Bernsdorf ein eigenes Grundstück hat. Damit ist aber die Angelegenheit nicht erledigt. Nachträglich hat man am Sonnabendnachmittag zwei Privatbücher gefunden, die erst über das ganze Geschäftsgebahren des Direktors Auskunft geben.

Ein Eisenbahn-Unfall. Der leicht größere Folgen haben konnte, ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr am Eisenbahn-Übergang der Götlicher Bahn im Zuge der Eisenstraße bei Trepptow. Um die angegebene Zeit fuhr ein Müllfuhrer, dessen Kutscher wahrscheinlich eingeschlossen war, gegen die geschlossene Barriere, die im weiten Bogen auf das Geleise lag. Der Kutscher hatte gerade noch Zeit, sein Gefährt vor dem herannahenden Zug, der von Müsternauen herbrauste, in Sicherheit zu bringen, während die hinübergebogene Stange der Barriere in viele Stücke zerstückelt wurde. Der Führer des Zuges mußte das Hindernis bemerkt haben, denn der Zug wurde kurz hinter dem Übergang zum Stehen gebracht und der Kutscher dingfest gemacht.

Der brasilianische Mörder Josef Gönczi wird wohl mit seiner Frau von der brasilianischen Regierung ohne weiteres hierher ausgeliefert werden. Brasilien hat bis jetzt auch in Fällen, wo der Thatsbestand weniger aufgeklärt war, als bei dem Mord der Gips-Schulgen, die verdächtigen Personen ausgeliefert. Ueber die Flucht des Gönczi wurde ermittelt, daß er am 18. August 1897 vom Bahnhof Friedrichstraße aus mit seiner Frau Berlin verlassen hatte. Zu Frankfurt a. O. wurde er von einem Bekannten angesprochen, dem er mitteilte, er würde nach Dresden reisen. Er fuhr aber nicht dorthin, sondern nach Halle a. S. und von dort nach Weisfel, wohin er auch sein Gepäck aufgegeben hatte, das er am 25. August hat abholen lassen. Später wurden Spuren Gönczis aus Kopenhagen, Varelst, Bordeaux, Antwerpen und anderen Orten gemeldet und zugleich Anträge bei den hiesigen Behörden auf die angelegte Belohnung von 1000 M. erhoben. Bei der Durchsichtung der Wohnung der Gips-Schulgen sind dem Mörder nur einige alte Schmutzschuhen und zwei Altien des hiesigen Münchener Brauhauses über je 1200 M., sowie ein Stück 1898er 6prozent. Regianer über je 400 M. in die Hände gefallen. Die beiden Aktien des Münchener Brauhauses hat G. dem Tischlermeister Stiller, dem er den Betrag für die Labortechnik in der Königgräberstraße 35 schuldet, gegeben. Vor etwa acht Tagen ging die Meldung hier ein, daß das Gönczische Ehepaar in Brasilien gesehen worden sei. Schnelle Meldungen hatte die Kriminalpolizei schon zu Duzenden aus aller Herren Länder erhalten. Der deutsche Generalkonsul Weber in Rio de Janeiro wurde verständigt, der durch Geheimagenten die Spur des Gönczi verfolgen ließ. Es wurde mit Hilfe eines jungen Oesterreichers, der in einem dortigen deutschen Geschäft thätig ist, das Ehepaar in einem sogenannten „Boarding House“ ermittelt und verhaftet. Die Ehefrau des G. war dort als Köchin thätig. Das Ehepaar nannte sich Hönczi. Zum Berräter wurde der mehr erwählte weiche Spitz. Gönczi und Frau wollen im November 1897 von Antwerpen aus mit dem Dampfer „Ranz“ nach Sao Paulo in Brasilien gekommen sein. Dann kamen sie nach Rio, wo G. mit Fleischwaren handelte. Mit dem österreichischen Kommiss verkehrte G., der ihn auch oft unterstülzte. Als die brasilianischen Zeitungen die Bekanntmachungen der Berliner Polizei mit dem Bilde Gönczis brachten, erinnerte sich der junge Kaufmann verschiedener Umstände, die seinen Verdacht erweckten, den er dann seinem Konsulat mitteilte. Das Weitere ergab sich dann von selbst.

Feuerbericht. Sonntag gegen Abend wurde die Feuerwehr nach Weisfelberg weg gerufen, wo ein Ladenbrand zu beseitigen war. Kurz darauf mußte Joachimstr. 11 ein Schadfeuer in einer Pianofortefabrik abgelöscht werden.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marienkirche, den Herr Musikdirektor Otto Diemel Mittwochmorgen 12 Uhr unter Mitwirkung von Fel. Delene Brecht, Fel. Ventine de Anna, Herrn Konjunktionsrath Leopold Hartmann und Herrn Franz Schmidt bei freiem Eintritt hält, verspricht Duette, Arien, Violin- und Orgelkompositionen von Bach, Handel, Mendelssohn, Torini, Alb. Boder und Diemel.

Auf der Radrennbahn im Sportpark Friedenau ist am Sonntag das Sechsstundenrennen zur Entscheidung gekommen. Für die Fahrer war es eine von manderlei Unfällen begleitete Pferdebearbeit, für die Zuschauer aber eine harte Geduldsprobe. Wer bis zum Schluß aushielt, hatte das Vergnügen, den Engländer Walters als Sieger im großen Preis von Berlin begrüßen zu dürfen. Mit einer Ausdauer, der auch der ärgste Penzinz

geruch der Schrittmacher-Motoren nicht anhaben konnte, überwand er alle Strapazen, während seine Kostanten entweder längere die Bahn verlassen hatten oder doch erheblich hinter ihm zurückgeblieben waren. Das Resultat ist folgendes: Großer Radfahrerpreis von Berlin für Steher. Sechstundentrennen mit Schrittmachern. 1. Stunde, 800, 200, 100 M. E. Taylor-Paris 54,850 Kilometer 1. A. E. Walters-London 54,010 Kilometer 2. E. Vouhours 53,540 Kilometer 3. — 2. Stunde, 900, 300, 150 M. Taylor 109,250 Kilometer 1. Walters 105,765 Kilometer 2. Vouhours 104,780 Kilometer 3. — 3. Stunde, 1100, 400, 200 M. Walters 157,350 Kilometer (Weltrekord) 1. Taylor 155,830 Kilometer 2. Vouhours 155,100 Kilometer 3. — 4. Stunde, 1200, 600, 300 M. Walters 203,460 Kilometer (Weltrekord) 1. Vouhours 201,650 Kilometer 2. Josef Fischer-München 193,540 Kilometer 3. — 5. Stunde, 2000, 800, 500 M. Walters 250,490 Kilometer (Weltrekord) 1. Vouhours 246,190 Kilometer 2. Fischer 238,940 Kilometer 3. — 6. Stunde, 4000, 2000, 1000 M. Walters 293,185 Kilometer (Weltrekord) 1. Vouhours 287,990 Kilometer 2. Fischer 279,950 Kilometer 3. Früherer Weltrekord für 6 Stunden: 285,720 Kilometer.

Circus Busch ist am Sonnabend eröffnet worden. Tausende Tausende, deren Schaulust der Circus besser Genüge leistet, als irgend ein anderes Unterhaltungsinstitut, sind damit zu ihrem Rechte gekommen und haben voller Entzückung dem Direktor wie dem Künstler durch Beifall gedankt. Was am ersten Abend geboten wurde, entsprach denn wohl auch voll auf den Erwartungen der Zuschauer wie der Laien. In den schönsten schwierigeren Pferdebüchsen wie in vorwiegend Reiter- und Akrobatenstücken wurde Erfreulichstes geleistet, und auch das Ballett war in Kostümen und Tänzen durchaus auf der Höhe. Ein Tanzen mit „Unser Marine“ zeichnete sich sogar durch eine gesunde, realistische Würdigung der Verhältnisse aus. Während in unserer hohen Politik die Zukunft auf dem kalten Wasser liegen soll, scheint es, als ob im Circus die Wasserfahrt bereits der Vergangenheit angehört. Ganz im Gegensatz zu früher, wo bei Schauspielen die Menge selbst dann mit dem nassen Element vertraut gemacht wurde, wenn es auch ohne dies gegangen wäre, entfaltete die Circusmarine ihre Schönheiten völlig auf dem Trocknen. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß der weisliche Teil derer, die sich hierbei einige Blüten gegeben hat, aber dies erregte bei den Sachverständigen — und wer wäre das in solchen Fällen nicht? — in keiner Weise Bedenken. Somit konnte sich das Publikum mit dem Anfange durchaus zufrieden geben, und daß die Direktion gleichfalls frohen Muthes sein konnte, zeigte das ausverkaufte Haus am Premierenabend.

Aus den Nachbarorten.

Wilmsdorf. Die Versammlung des Socialdemokratischen Vereins findet am Mittwochsabend 8 1/2 Uhr bei Witte, Berlinerstr. 40 statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen S. Marzahn über die Judenfrage.

Ueber eine Kradtaufe mit unglücklichem Ausgang wird aus Pankow gemeldet: Vor der Kirche stieß ein dem Führer O. Selme in der Pantoffelstraße gehörendes Fuhrwerk mit einem elektrischen Wagen der Firma Siemens u. Halske zusammen. In dem Wagen befanden sich drei Herren und drei Damen und der Täufling. Alle Insassen wurden mehr oder minder schwer durch die herumfliegenden Glassplitter verletzt. Das Fuhrwerk wurde total zertrümmert. Der Kutscher wurde in weitem Bogen auf den Straßendam geschleudert und lag mit dem bloßen Schrecken davon. Die Pferde blieben unversehrt. Ein Augenzeuge des Vorfalles, der Restaurateur Döring in der Rosen Schönhauserstraße, schiebt dem Führer des elektrischen Wagens alle Schuld zu. Der Wagen soll in rasendem Tempo angekommen sein und der Kutscher soll das Alingeln verabsäumt haben.

Der Brandenburgische Städtetag ist gestern in Potsdam eröffnet worden. Die Versammelten beschäftigten sich mit der Schulfrage und nahmen folgende Erklärung an: „Der Städtetag erkennt an, daß die Anstellung von Schulärzten für die gesundheitliche Entwicklung unserer Bevölkerung von großem Werte ist. Der Städtetag empfiehlt daher den Städten der Provinz Brandenburg, mit der Anstellung von Schulärzten vorzugehen.“

Der Brand eines großen Kohlenlagers ist aus Treptow zu melden. Dort besitzt in der Eichenstraße die Firma Dahmann u. Umo ein großes Dampfagewerk, verbunden mit einem Holz- und Kohlenlager-Platz, auf dem mehrere Hunderttausend Centner Kohlen lagern. Ein etwa 50 000 Centner haltender Kohlenhaufen besteht zur einen Hälfte aus Kiefernholz, zur anderen Hälfte aus Stroh-Getreide. Schon seit einigen Tagen will man beobachtet haben, daß leichte Wölflchen aus dem Haufen Kiefernholz drangen, doch legte man dieser Beobachtung keine Wichtigkeit bei. Als jedoch gestern früh bald nach 7 Uhr helle Flammen aus dem Kohlenlager schlugen, wurde die Ortsfeuerwehr alarmiert, der sich auch bald ein Löschzug aus Berlin angeschlossen. Begleiter rückte jedoch nach kurzer Zeit wieder ab, da hier die Hauptaufgabe darin besteht, die Haufen vollständig umzuschütten. Während nun anaufgesetzt aus 3 höheren Wasser gegeben wird, geht die mühsame Arbeit des Umschützens vor sich. Ob aber das jedenfalls durch Selbstentzündung entstandene Feuer auch bald abzuwenden ist, bleibt fraglich. Bis Mittag waren etwa 3000 Centner umgeschüttelt, doch drangen auch alsbald aus diesem Haufen von neuem Rauchwolken. Indessen behnt sich das Feuer trotz fortgesetzten Löschens immer weiter aus, so daß es noch großer Anstrengungen bedarf, um es zu bewältigen. Die betroffene Firma muß vor allen Dingen zahlreiche Arbeiter anstellen, die die Umschüttelung besorgen, während die Ortsfeuerwehr nebenbei Wasser gießt.

Gerichts-Beilage.

Aus dem Reiche des Herrn v. Opyen. Der Begriff des Widerstandes gegen die Staatsgewalt gelangte gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II zu eingehender Erörterung. Wegen dieses Vergehens war der Buchbinder Ludwig Schneider aus Adlershof angeklagt. Derselbe war beschuldigt, am 18. März eine in dem Schmauseren Lokale abgehaltene Versammlung als Vorsitzender geleitet und die Anwesenden aufgefordert zu haben, daß, wenn der Gendarm die Versammlung wieder mit Eintritt der Polizei Kunde — 10 Uhr abends — auflöse, sie alle sitzen bleiben und alles Weitere an sich herantreten lassen sollten. Er war aber vom Schöffengericht in Abwesenheit freigesprochen worden, weil er nachweisen konnte, daß er die Versammlung vom 18. März nicht geleitet hatte, wohl aber eine Versammlung, die am 22. März stattfand. Jetzt wurde eine neue Verklage erhoben, die sich auf den 22. März stützte und in dieser Sache wurde festgestellt, daß der Angeklagte nicht allein die Aufforderung zum passiven Widerstande an die Versammelten gerichtet, sondern auch selbst Widerstand geleistet habe, indem er ruhig auf seinem Platze sitzen blieb, als ihn der Gendarm persönlich zum Verlassen des Lokals aufforderte. Erst auf die dritte Aufforderung hat er sich langsam von seinem Sitze erhoben und ist ebenso langsam davongegangen. Das Schöffengericht hat ihn deshalb zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, wogegen der Angeklagte Berufung eingelegt hatte. Er führte zu seiner Rechtfertigung an, daß der Wirt Schmauser, weil er sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellte, auf zehn Uhr abends Polizeistunde gesetzt worden sei und gegen die Vereine und Versammlungen werde in der Weise vorgegangen, daß alle Versammlungen mit der Polizeistunde des Wirtes schließen müssen. Dieses Vorgehen der Polizei-Organen halte er für unberechtigt und deshalb seien er und seine Freunde von der Meinung ausgegangen, es einmal darauf ankommen zu lassen, damit gerichtlich festgestellt werde, ob Amtsvorsteher und Gendarmen zu diesem Vorgehen berechtigt seien. In diesem Sinne habe er die Aufforderung an die Versammlung gerichtet und sei er selber sitzen geblieben, bis er vor der Anwendung von Gewalt stand. Der Gerichtshof entschied, daß die an einer Versammlung Beteiligten nicht zu entscheiden hätten, ob der überwachende Polizeiamt sich streng an die gesetzlichen Bestimmungen halte. Da-

für sei der Widerstand gegeben, die Versammlungsbezüger hätten aber unwillkürlich die Anordnungen der überwachenden Beamten nachzukommen und wer das nicht thue, mache sich des Widerstandes schuldig. Die Berufung sei daher zu verwerfen.

Vom biederem Bäderhandwerk. In Hannover waren der Direktor der Brotfabrik zu Linden, Herr Thoma, sowie die Oberbäder seiner Fabriken, Wählbruch und Lehmann, angeklagt, verdorrene Nahrungsmittel wissentlich in den Handel gebracht zu haben. Es handelt sich um Mehl, das mit Maden durchsetzt war und doch zur Brotbereitung benutzt wurde. Der Direktor entschuldigte sich damit, die Maden seien nicht im Mehl gewesen, sondern an den Säcken seien sie mit ins Mehl gekommen; so trügen nur die Gefellen Schuld, nicht er. Die Oberbäder gaben zu, auf „einigen“ Kaiserbröchen Maden gefunden zu haben. Als Hauptbelastungszeuge trat der Bädergehilfe Sebrzesny auf, der die Schneierereien einer öffentlichen Bäderversammlung unterbreitet und zum offiziellen Eingreifen Veranlassung gegeben hat. Derselbe war in der Brotfabrik tätig. Er sagt aus: Wir mußten mit einem alten abgenutzten Bejen, der zum Reinigen des Bodens benutzt wurde, den Mehlstaub von den in Teig geformten Kaiserbröchen ablegen. Ebenfalls waren die benutzten Eimer, in der Regel nicht rein. Im November 1898 haben wir eine Woche lang etwa zwei Centimeter lange, etwas gelbliche Maden, aus denen Mehlwörter werden, im Mehl und Teig gefunden. Die kleinen weichen Maden waren es nicht. Ich habe den Oberbäder Wählbruch darauf aufmerksam gemacht; derselbe sagte mir, daß zum Abwaschen der Maden keine Zeit sei. In jedem Brot fanden sich Maden in großen Mengen vor, wenn wir den Teig zu Kaiserbröchen formten. Ich habe wohl in jedem Brot etwa 10 Maden gefunden, in den Säcken hat es von Dutzenden gewimmelt. Es ist auch wiederholt schmutziges Leitungswasser zum Teig verwendet worden. Wählbruchs Reinalität bestand u. a. darin, daß er mit dem von ihm benutzten Brotmesser seine Pantoffeln austragte. Ich habe die Brötchen nicht gegeben. Wählbruch betonte, daß die Maden gleich das „Fett zum Brot“ seien.

Bädergehilfe Heinsmann bestätigte in den wesentlichsten Punkten die Angaben des Sebrzesny, indem er wörtlich erklärte: „Die Säcke waren lebendig voll von Maden; wenn die Säcke ausgeföhlet waren, sahen noch mehrere hundert Maden an einem Sacl; der Sacl wurde dann ausgebrüht. In den acht Tagen, da der fragliche Teig Mehl verarbeitet wurde, waren in dem Teige immer Maden.“ — Bädergehilfe E. Müller sagte ebenfalls aus, daß Maden verarbeitet seien und daß Wählbruch gefragt habe, das sei das „Fett“. Zwei weitere Zeugen bekunden ebenfalls, daß im vorigen Herbst Maden im Teig gefunden worden seien.

Polizeikommissar Kapselbaum-Linden hat die Brotfabrik wiederholt revidiert, aber „immer alles sauber und in bester Ordnung gefunden“. Desgleichen Gewerbe-Inspektor Müller.

Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten schuldig und beantragte gegen Direktor Thoma 50 M. und gegen die beiden Oberbäder je 30 M. Geldstrafe. Das Gericht sprach indes sämtliche Angeklagte frei, indem es nicht als erwiesen anmah, daß die Maden in größerer Anzahl vorgekommen seien. Jedemfalls sei nicht festzustellen, daß der Direktor Thoma um das Verhüten der Maden bemüht habe.

Nach einem solchen Urteile hätten die biederem Bädermeister eigentlich kaum noch nötig, sich darüber beschwert zu fühlen, daß die Gefellen trotz alledem das Interesse des Publikums wahrzunehmen sich unterließen. Nötig wird sich die Madensuche in der Werkstatt allerdings wohl erst unter dem Juchhausgesetz entwickeln können. Darum her mit der Vorlage, die dem Arbeiter gründlich den Mund speert.

Gegen die Sonntagsruhe. Das hiesige Schöffengericht hat sich gestern mit der Frage zu beschäftigen, ob der Besitzer einer obersäbigen Brauerei, der am Sonntag Flaschen füllen läßt, um am Montag das bestellte Flaschengier versenden zu können, damit gegen § 105b der Gewerbe-Ordnung, erster Absatz, verstoßt. Der Staatsanwalt beantragte, diese Frage zu bejahen, da nach § 105b im Betriebe von Fabriken Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen und die Brauerei als eine Fabrik anzusehen sei. Hiergegen machte der Verteidiger Rechtsanwalt Kunge geltend, daß es sich hier nicht um eine Fabrikföhigkeit, sondern um eine Thätigkeit im Handelsgewerbe handle. Die Thätigkeit der Brauerei sei mit der Herstellung des Bieres zu Ende, das Versenden und die dazu nötigen Vorbereitungen seien unbedingt als eine Beschäftigung im Handelsgewerbe zu betrachten. Wenn in einer Brauerei obersäbigen Bieres am Sonntag das Flaschengier versendet werden soll, so sei es unumgänglich, das Spülen der Flaschen am Sonntag vorzunehmen, und es liege deshalb eine der Ausnahmen des § 105b vor, bei welchen der § 105b keine Anwendung finden soll. — Der Gerichtshof hielt ein nach dieser Richtung hin angebotenes Sachverständigen-Gutachten nicht für erforderlich, sondern sprach die Angeklagten frei, weil auch nach seiner Ansicht dieses Flaschengier eine Beschäftigung im Handelsgewerbe sei. Die Streitfrage wird noch die Instanzen beschäftigen.

Vermischtes.

Vom Hochwasser haben folgende Meldungen vor: München. 17. September. Der Minister des Innern Freiherr von Feilich hat heute in Begleitung des Regierungspräsidenten von Oberbayern von Auer eine Dienstreife in die durch Hochwasser gefährdeten Bezirke angetreten. Aus Dresden wird amtlich gemeldet: Der Umschlagerverkehr am Elbquai in Riesa, Dresden-Alstadt und Dresden-Kiesstadt ist wieder aufgenommen. Der Verkehr von Riesa, Mühlberg und Holzschütz nach Rosenthal, ferner von Mühlberg nach Elmham und Reusmarkt a. Rott und von Blattling nach Bassau ist unterbrochen. Die Beförderung nach Süddeutschland erfolgt über Gmund, Dubwels und Wilsen bezw. Eisenstein oder Rietz. Nach Süddeutschland und der Schweiz erfolgt die Beförderung auch über Würzburg-Franzosenfeste-Jmsbrud oder Leoben-Willach-Jmsbrud. — Salzb. 17. September. Die Salzlag ist gestern gefallen, heute steigt sie langsam, da wieder Regenfälle eingetreten sind. Das Hochwasser richtete in vielen Gemeinden Salzburges sehr großen Schaden an. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. — Wien. 17. September. Die Donau dürfte in den heutigen Nachmittagsstunden mit 5,65 Meter über normal den höchsten Stand erreicht haben. Biewohl derselbe beträchtlich höher ist, als der höchste Stand von 1897, ist der in der Nähe von Wien durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden doch geringer, als im Jahre 1897. Nach allen bedrohten Ortschaften wurden Pioniere entsandt. Bisher ist kein Verlust an Menschen zu verzeichnen. — Wien. 18. September. Die Donau hat gestern abend mit 5,66 Meter über normal den höchsten Wasserstand erreicht. Im Laufe der Nacht ist der Wasserstand um 2 Centimeter gefallen. In der Drihtenau wurden gestern abend viele Strohpanteln vom Wasser erreicht.

Schiffunglück. Aus Wilhelmshaven wird berichtet: Der Passagierdampfer „Lach“ vom Norddeutschen Lloyd wurde von dem größten Panzer „Siegfried“ angeernt und schwer beschädigt.

Brudermord. In Sondernach (Pfalz) gerieten drei Brüder aus geringfügiger Ursache in einen Streit, der bald in Thätlichkeiten ausartete. Zwei Brüder standen gegen den dritten, den sie so schwer am Kopfe verletzten, daß derselbe kurz darauf starb. Der Geblötte genoh freilich seinen guten Ruf, denn er hatte bereits eine 2-jährige Gefängnisstrafe abgedient, weil er im Streite eine Kugel auf seinen Vater abgehothen hatte.

Eine Inabenmutter. In Walburgskirchen wurde ein sechs Wochen altes Kind ermordet aufgefunden. Ueber diese That ist jetzt ein entsetzliches Licht verbreitet worden: Die eigene Mutter hat ihre beiden Kinder, die 5-jährige Theres und die 4-jährige Hedwig,

zu dem Nord an dem jüngsten Kinde angeleitet, sie hat den beiden Spielzeug versprochen, wenn sie das kleine Thürchen umbringen würden! Und die Kinder waren sorgsam und thaten, was ihnen die Mutter befohlen hatte. Sie trugen das Kind in den Wald und gestürmten der Kleinen den noch weichen Schädel. Das unnatürliche Weib wurde verhaftet.

In Madrid sind Sonntag 24 Typhusfälle vorgekommen. Ein Fall endete tödlich.

Aus Turin wird berichtet: Sonntag früh stieß auf dem Bahnhof zu Novi ein nach Mailand bestimmter Zug mit zwei Lokomotiven zusammen. Eine Person wurde getötet, zehn sind verletzt.

In Laibach wurde Montag früh 6 1/4 Uhr ein mehrere Stunden währender, ziemlich starker Erdstoß verspürt, der übrigens keinen Schaden verursachte.

Ein Fall Kirchhoff in Turkestan. Aus Taschkent wird berichtet: Der Redacteur und Herausgeber der Zeitung „Das russische Turkestan“, Smorganer, wurde in der Kanzlei des Kreisgerichts von dem Oberst Staschewski erschossen, weil er in seinem Blatt das Regiment des Obersten beleidigt hatte.

Eine starke Erderstüftung wurde in Kaspiad am 15. September, 26 Minuten nach 12 Uhr geföhlt. Die ersten Stöße fürte man in Simonsstadt, 26 Meilen südlich von Kaspiad. In Kaspiad selbst und Umgebung dauerte die Erstüftung mehrere Sekunden und war so heftig, daß eine Anzahl von Leuten zu Boden geworfen wurde. Auch in mehreren öffentlichen Gebäuden, wie im Parlament und im Gerichtsgebäude, wurde die Erstüftung stark geföhlt. Ein Erdbeben dieser Art ereignete sich in der Gegend nicht seit 1857. Das Wetter blieb während der Erstüftung schön. Nur eine drückende Schwüle machte sich bemerkbar. Keuherlich wurde verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet.

Marktpreise von Berlin am 16. September 1899

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.			
Ware	D.M.	Kilogramm	per 100 kg
Weizen	15.40	14.40	Schweineschmalz 1 kg 1.60 1.10
Roggen	15.20	13.80	Rattschmalz - 1.60 1.-
Wintergerste	13.40	12.50	Hammelschmalz - 1.90 1.-
Gaier gut	15.20	14.00	Butter - 2.00 2.-
- mittel	14.50	13.90	Oliven 60 Stück 4.50 2.60
- gering	13.80	13.30	Kartoffeln 1 kg 2.20 1.50
Weizenstroh	3.80	3.60	Hefe - 2.50 1.80
Hen	6.90	3.70	Handel - 2.60 0.90
Gehalt	40.-	25.-	Recht - 2.20 1.20
Speisebohnen	60.-	35.-	Bartack - 1.80 0.80
Raisin	70.-	30.-	Salze - 2.50 1.20
Kartoffeln, neue	7.-	5.-	Biere - 1.40 0.80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1.60	1.50	Aerbie per Schof 12.- 2.-
do. Bauch	1.30	1.-	

*) Ermittelt pro Lohne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsbüro — und umgerechnet vom Polzeipräsidium für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 18. Sept. 1899. Für Weizen zeigte sich weniger Frage doch konnte sich derselbe im Anblick am Roggen gut behaupten. Weizen notierte 1/2-1/4 M. Roggen 1/2-1/4 M. höher. Galer in Locoware wenig verändert, Termine auf Realisationen abgeschwächt. Weizen unverändert. Weizen angeboten und preislich schwächer. Der Spiritusmarkt zeichnete sich durch lebhafte Konkurrenz aus. Gehandelt wurden 20 000 Liter 70er Locoware, die mit 44.20 M. (+ 0.50 M.) schont Käufer fanden. Termine auf Synthetalkohole um ca. 40 Pf. höher. September notierte 47.90 M.

Kartoffelmarkt. Prima trodene Kartoffelsorte per 100 kg. 20.75 M., do. Supra 21.50 M., do. Sekunda 15.—18 M. Prima Kartoffelmehl per 100 kg. 20.75 M., do. Supra 21.50 M., do. Sekunda 15.50 bis 18.60 M. Brauche Kartoffelsorte per 100 kg. 11 M.

Witterungsübersicht vom 18. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer nach mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen		Temp. u. C.			
						Barometer nach mm	Windrichtung				
Schwabmünde	750	SB	8	Wolken	10	Papardona	760	SO	4	wolkig	10
Hamburg	749	SW	5	Schw. Neb.	13	Bitterburg	—	—	—	—	—
Berlin	752	SB	8	Wolken	13	Kort	761	SB	5	wolkig	14
Weiskirchen	756	SB	3	wolkig	14	Überden	741	SB	8	Schw. Neb.	11
München	761	SB	4	Schw. Neb.	12	Hartl	761	SB	3	wolkig	15
Wien	759	WBW	2	Zwölftel	12						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. September 1899. Ein wenig kühler, gewöhnlich heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Mitgliedschaft der Arbeiter
Otto Knütter,
Regenstr. 14,
am Sonnabend verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes zu Weiskirchen (Kaltensberger Chaussee) aus statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht
238/2
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Nach schweren kurzen Leiden verschied unser Kamerad
August Hamann
am 18. September. 255/4
Die Beerdigung findet am 19. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nordborer Kirchhofes aus statt.
Der Centralverband der Zimmerer Deutschlands (Zahlst. Nordbor).

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Otto Knütter
am 18. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Jankenberg aus, statt. Um rege Beteiligung ersucht
Die Oberverwaltung.

Karl Wuttke
am 18. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Bergmannstraße 20-41.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Otto Knütter
nach kurzen Leiden fast entschlossen ist. Wir bringen ihm hiermit den Beifall, daß er reichlich verdient hat, und ehren ihn durch ein dornendes Andenken.
Die Kollegen der Firma Courtois.

Verband der Tapezierer. Filiale Nord.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Hermann Droese
nach langen Leiden im Alter von 34 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelstürks-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus, statt. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gustav Ernst
am 16. September gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalem-Kirchhofes in Nordbor, statt.
Um zahlreiche Erschienenen bitten
Der Vorstand.

Dankung. [25642]
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Maria Gruppe** sage allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Vorstand der Schneider- und Schneidertinnen und dem Wirtshausverein Nordbor meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.
Jullus Gruppe u. Familie.

Der Parteitag für die Provinz Brandenburg

Am Sonntag in Stecherts Saal in der Andreasstraße abgehalten. Der Saal, der durch rote Fahnen reich geschmückt war, gewährte einen festlichen Anblick. Um 12 1/2 Uhr begann der Gesangverein „Liederlust“ mit dem Vortrag einiger stimmungsvoller Lieder. Dann hieß Genosse Kogke namens der Agitationskommission die Delegierten willkommen, er wies auf die Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen hin und eröffnete den Parteitag mit einem Hoch auf die Socialdemokratie, worin die Anwesenden begeistert einstimmten.

In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende: Koblenzer, Berlin und Schubert-Schöneberg, als Beisitzer: Berger-Kottbus und Kirchheim-Niederlausitz.

Der Vorsitzende ersucht die Anwesenden, sich zu Ehren des verstorbenen Genossen Jacobey von den Plätzen zu erheben. Es geschieht.

Die Agitationskommission legt eine Geschäftsordnung für den Parteitag vor. In derselben wird vorgeschlagen, daß die Delegierten aus der Provinz in der Mednerliste den Vorzug vor der Berliner Delegierten haben sollen. Die Stadthagen ausführte, daß dieser Vorschlag deshalb gemacht, weil sich nach früheren Parteitagen die Delegierten darüber beklagt hätten, daß sie nicht zum Wort gekommen wären, weil die Berliner so viel geredet hätten. Man wolle nun den auswärtigen Delegierten, deren Meinung über die Verhältnisse in ihren Kreisen hier zum Vortrag kommen sollte, Gelegenheit geben, in erster Reihe zum Wort zu kommen.

Dieser Vorschlag wird, nachdem mehrere auswärtige Delegierte dagegen gesprochen hatten, abgelehnt und die Geschäftsordnung im übrigen angenommen.

Hierauf wird eine Kommission zur Prüfung der Mandate eingesetzt.

Den Bericht der Agitationskommission erstattet

Kogke: Wir können in diesem Jahre nicht auf eine so umfangreiche Tätigkeit zurückblicken wie im vorigen Jahre, welches unter dem Zeichen der Reichstagswahlen stand. Nichtsdestoweniger haben wir eine rege Tätigkeit entfaltet, um die Ideen des Socialismus in die Kreise der Provinz zu tragen. Die Luthausvorlage gab Gelegenheit zur Entfaltung einer regen gewerkschaftlichen Agitation, aber die Klagen, daß die politische Bewegung unter der gewerkschaftlichen leidet, sind nicht zutreffend. — Wir haben den „Märkischen Landboten“ in 200 000 Exemplaren verbreitet. An manchen Orten machen die Behörden den Genossen bei der Flugblattverteilung die möglichsten Schwierigkeiten, und es sind aus diesem Grunde zahlreiche Strafmandate an Genossen in der Provinz ergangen. Es wird nötig sein, daß unsere Parteigenossen bei ihrer Tätigkeit die möglichste Vorsicht entfalten, damit Verhaftungen vermieden werden.

Unsere Bewegung in der Provinz ist in diesem Jahre entschieden vorwärts gegangen. Es war uns möglich, an verschiedenen Orten Wahlvereine zu gründen. Ich will die Berliner Genossen nicht loben, aber es muß anerkannt werden, daß ihre Opferwilligkeit viel zum Fortschritt unserer Bewegung beigetragen hat. Die Klassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen:

Table with financial data: A. Einnahmen, B. Ausgaben, Gesamt-Einnahme, Gesamt-Ausgabe. Includes sub-sections for 'Für Kalender' and 'Diverse'.

Im Verbreitungsgebiet der „Brandenburger Zeitung“ sind 171, im Gebiet der „Märkischen Volksstimme“ 125 Versammlungen abgehalten worden, zu denen die Kommission 142 Referenten gestellt hat. Ueber den Umfang unserer Arbeiten giebt auch die Korrespondenz ein Bild. Es sind im Laufe des Jahres eingegangen: 307 Briefe, 41 Postkarten, 5 Telegramme. Ausgegangen: 405 Briefe, 28 Postkarten, 3 Telegramme.

Während der acht Jahre ihres Bestehens ist die Agitationskommission nicht von den Behörden befehligt worden. In diesem Jahre dagegen erklärte die Polizei die Kommission als einen politischen Verein und forderte den Genossen Dimmid auf, die Statuten einzureichen. Da wir solche nicht haben, so konnte Dimmid auf wiederholte Aufforderung nur das Papier einsenden, welches zur Niederschrift von Statuten hätte benutzt werden können. (Bravo.) Der Medner bespricht hierauf die folgenden bisher eingegangenen Anträge:

Anträge des Kreises Teltow-Weesow-Storlow-Charlottenburg: 1. Als Punkt 4 der Tagesordnung das Zeitungsdiverses zu legen.

2. Zum Zweck der besseren, wirksameren Einführung der „Märkischen Volksstimme“ im Kreise Teltow-Weesow-Storlow-Charlottenburg beantragen die Genossen desselben, daß die Sonntags-Beilage „Neue Welt“ vom 1. Oktober d. J. ab an Kosten der Agitationskommission der Provinz Brandenburg fortan der „Märkischen Volksstimme“ beigegeben wird.

3. Die Agitationskommission ist nicht berechtigt, Zeitungen selbstständig herauszugeben.

4. Die Agitationskommission ist zu beauftragen, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise mindestens 2 Frauenversammlungen im Jahre zu veranstalten.

Anträge des Kreises Nieder-Warnim: 1. Zur Entfaltung einer lebhaften Agitation unter der Landbevölkerung ist eine populär gehaltene, regelmäßig erscheinende Landarbeiter-Zeitung seitens der Agitationskommission herauszugeben.

2. Die Verbreitung des Kalenders „Märkischer Landbote“ findet in der ersten Hälfte des November statt.

Antrag des I. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht

außergewöhnliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Tätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpresse zu machen.

Antrag Sorau-Forst und Berlin IV.: Die Provinzialkonferenz möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Bericht über ihre Tätigkeit im Reichstage herauszugeben und denselben den Kreisen der Provinz zur unentgeltlichen Verbreitung zu überlassen.

Antrag des Kreises Guben: Die Provinzialkonferenz beschließt, zum diesjährigen ordentlichen Parteitag nachfolgenden Antrag zu stellen: „Der Beschluß des St. Galler Parteitages, wonach jeder Genosse zur Reichstagswahl nur eine Kandidatur annehmen soll, wird aufgehoben.“

Anträge des Genossen Salomon-Briezen: 1. Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg wolle auf das Centralorgan, den „Vorwärts“, dahin einwirken, daß Aufrufe an irgend eine Gewerkschaft zum Zweck der Agitation, wenn diese aus der Provinz kommen, unter Verantwortlichkeit des Entsenders, ungeschmälert aufgenommen werden.

2. Der Agitationskommission aufzugeben, die Einberufung von Provinzialkongressen für fernere Zeiten auszusetzen resp. diese in längeren Zwischenräumen zu veranstalten.

Antrag der Genossinnen Berlins: Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ist zu beauftragen, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise mindestens zwei Frauenversammlungen im Jahre zu veranstalten.

Zum Antrage Nr. 2 des Kreises Teltow meint der Medner, die Gratsbeilage der „Neuen Welt“ zur „Märkischen Volksstimme“ auf Kosten der Kommission wird sich mit Rücksicht auf den Kostenpunkt nicht durchführen lassen. Den Antrag Nr. 3 des Kreises Teltow erücht Medner abzulehnen, und den Antrag Nr. 1 von Niederbarnim anzunehmen. Dem Parteitage liegt eine Probenummer der von der Agitationskommission herausgegebenen Monatschrift „Die Fackel“ vor. Das Erscheinen eines solchen Blattes — sagt Medner — hat sich als notwendig im Interesse der Landagitation erwiesen, es solle dadurch keineswegs, wie von einzelnen Genossen angenommen wird, den Provinzialblätter Konkurrenz gemacht werden. Nachdem der Medner auch noch die übrigen Anträge kurz beleuchtet hatte, schließt er mit der Ausrufung, daß das, was er über die Tätigkeit der Agitationskommission gesagt hat, den Delegierten den Beweis geliefert haben werde, daß unsere Bewegung in der Provinz fortgeschritten ist.

Die Diskussion wird eröffnet.

Verfug-Verlin: Ich muß es monieren, daß die Kommission nicht Mittel ausgedacht hat zur Agitation unter den polnischen Arbeitern. Die Polen selber sind so arm, daß sie die erforderlichen Mittel nicht aufbringen können. Es ist durchaus notwendig, daß wir die große Masse der polnischen Arbeiter, die in der Provinz Brandenburg beschäftigt sind, für uns zu gewinnen suchen. Andere Provinzen haben die polnische Agitation berücksichtigt und einen polnischen Genossen in die Kommission aufgenommen. Das müßte in Brandenburg auch geschehen. In der Provinz Polen ist das Verhältnis der Deutschen zu den Polen wie 80:20. Wir haben daselbst eine Agitationskommission eingesetzt, die zu gleichen Teilen aus polnischen und deutschen Genossen besteht. Ich empfehle daselbe auch für die Brandenburger Kommission. Es wäre ja eine Schande, wenn wir nicht die 100 000 Polen, die in der Provinz Brandenburg arbeiten, gewinnen könnten.

Schmidt-Sonnenburg: Der vorjährige Provinzial-Parteitag hat einen Antrag angenommen, der der Kommission die Agitation unter den Sachseingängern zur Pflicht macht. Ich verweise einen Bericht über die Ausführung dieses Antrages. Es scheint, als ob die Kommission nach dieser Richtung nichts thun wolle. Es gefällt mir nicht, daß die Agitation unter den Polen vernachlässigt wird. Mütter den Sachseingängern sind sehr viele Polen. Sie sind die reichlichsten unter allen Arbeitern, und es liegt im Interesse auch der brandenburgischen Arbeiter, daß die Polen aufgestellt werden.

Glashagen-Berlin: Ich bin auch für rege Agitation unter den Polen und Sachseingängern, aber besondere Einrichtungen brauchen wir nicht für dieselbe zu treffen, es wäre zu wünschen, daß sich die Genossen in den betreffenden Kreisen der Sache annehmen.

Kogke-Verlin: Wenn Verfug meint, für die polnische Agitation sei nicht genug gethan, so hätte er seine Wünsche der Kommission übermitteln sollen, die sie gewiß berücksichtigt hätte. In der Frage der Sachseingänger ist die Kommission nicht nachlässig gewesen und die Vorwürfe, die Genosse Schmidt in dieser Hinsicht der Kommission gemacht hat, sind nicht zutreffend. Da weitere Ausstellungen an der Tätigkeit der Kommission nicht gemacht worden sind, so können wir wohl annehmen, daß wir zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet haben.

Wohne-Verlin berichtet namens der Mandatprüfungs-Kommission: Es sind 65 Delegierte anwesend, ferner sind vertreten: die Lokalkommission, die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ durch je zwei Mitglieder.

Es werden nun alle Anträge, die auf die Agitation Bezug haben, zur Debatte gestellt, und zwar zunächst die Anträge, betreffend die Frauenagitation. Zu diesem Punkt ist noch von Berlin III folgender Antrag eingegangen:

Die Agitationskommission ist verpflichtet, so viel wie möglich in den ländlichen Bezirken allgemeine Volksversammlungen mit weiblichen Referenten zu veranstalten.

Zubeil: Mit der Frauenagitation geht es eben so, wie mit der polnischen es wird nicht genug für dieselbe gethan. Wir dürfen nicht sagen, die Frauen haben ja das Recht, Versammlungen zu besuchen, und es müßte ihnen überlassen bleiben, das zu thun. Mit der platonischen Liebe, die wir den Frauen auf unseren Parteitagen bisher bekundet haben, kommen wir nicht vorwärts. Sollte der Antrag der Frauen nicht angenommen werden, dann ersuche ich um Annahme des Antrages Berlin III.

Ottile Waader: Ebenso wie die Polen sind auch die Frauen Lohnarbeiter gegenüber den männlichen Arbeitern. Es ist daher notwendig, daß wir die Frauen über ihre wirtschaftliche Lage aufklären und sie zu Mitsprachepartnern für unsere Sache herzubilden. Zubeil hat recht, wenn er sagte, es bestehe nur eine platonische Liebe für die Frauenbewegung. Es giebt unter unseren Parteigenossen noch viele, welche meinen, es sei gut, wenn ihre eigene Frau zu Hause bleibt. Für diese Vierzehnhilfer in unseren eigenen Reihen würde es sehr nützlich sein, wenn eine rege Agitation zur Aufklärung der Frauen entfaltet wird. Die Frauen sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in der Handhabung der Sprache durch die Behörden den Männern gegenüber benachteiligt. Wenn wir die Frauen aufklären und für uns gewinnen wollen, dann müssen wir besondere Frauen-Versammlungen abhalten. Wir wissen, daß, wenn es sich um allgemeine Versammlungen handelt, die Herren Männer in der Familie von ihrem Herrrecht Gebrauch machen und die Frau vom Besuch der Versammlung abhalten, um selber hingehen zu können. Unser Antrag würde nicht nötig sein, wenn unsere männlichen Genossen schon so weit aufgeklärt wären, daß sie für die Aufklärung ihrer Frauen sorgen und dieselben zum Versammlungsbesuch anhalten würden. Weil dem aber nicht so ist, darum fordern wir von der Kommission, daß sie für die Aufklärung der Frauen Sorge trage.

Harndt-Verlin ersucht, den Antrag Berlin III aus praktischen Gründen anzunehmen und den Antrag der Frauen abzulehnen.

Lademann-Wittenberge: Ich bin auch dafür, daß die Frauenbewegung vorwärts kommt, aber ich glaube, durch die vor-

liegenden Anträge geschieht das nicht. Frau Braun hat ja auf einem früheren Parteitage eine energische Resolution zu Gunsten der Frauenagitation vertreten, aber gethan hat sie nichts für dieselbe. Ich habe mehrmals an Frau Braun geschrieben, um sie als Referentin zu gewinnen, aber gekommen ist sie nicht. Der Resolutionen besitzwortet, der solle doch auch demgemäß handeln.

Stadthagen: Ich bin kein Anhänger der platonischen, sondern der wirklichen Liebe (Geiterheit) und bitte gerade deshalb um Ablehnung der zu diesem Punkt vorliegenden Anträge, weil durch die Annahme derselben nicht das erreicht wird, was die Antragsteller wollen. Ich kann von der Agitationskommission sagen, daß sie nicht nur nicht gegen die Frauenagitation ist, sondern daß sie für dieselbe gethan hat, was in ihren Kräften liegt. Es sind Agitationstouren veranstaltet worden, und in der Lausitz haben 18 Versammlungen stattgefunden. Natürlich hat die Kommission nicht immer bestimmte Mednerinnen, die gewünscht werden, zur Verfügung, und wenn, wie es geschehen ist, eine für die Tour bestimmte Mednerin im letzten Augenblick erkrankt und deshalb abganger ist, dann kann doch die Kommission nicht dafür sorgen, daß die Referentin gesund wird. Was nützt es, wenn der Kommission die Pflicht auferlegt wird, in jedem Kreise Versammlungen abzuhalten, und die Genossen nicht dafür sorgen können, daß solche im Orte vorhanden sind und Frauen, welche die Versammlungen besuchen. Sie können die Anträge ablehnen, die Kommission wird nach wie vor ihr Möglichstes für die Frauenagitation thun.

Salomon-Briezen: Wie kann man die Kommission verpflichten, in jedem Kreise jährlich zwei Frauenversammlungen abzuhalten. In vielen Orten ist ja für uns nicht einmal ein Saal zu haben, und wo uns ein solcher zur Verfügung steht, ist unser Anhang so gering, daß besondere Frauenversammlungen sehr schlecht besucht werden würden. Wir sind gewiß für die Frauenagitation, aber durch die Anträge wird dieselbe nicht gefördert.

Ver-Brandenburg: Die Anträge können nur eine Anregung für die Kommission sein, damit sie den Anforderungen der Frauen entgegenkommt. Die Frauenversammlungen haben bisher wenig Erfolg gehabt, weil es an Mednerinnen fehlt, die sich mit den Frauen verständlich machen können. Die meisten Medner sind auch die Mednerinnen, die aus den Großstädten kommen, sprechen so, wie sie zu Männern zu reden gewohnt sind. Das gilt auch von unserer Presse. Wir müssen bedenken, daß das Verständnis der Frauen meist noch recht unzulänglich ist. Diesen unzulänglichen Verständnis der Frauen müssen wir in unserer Agitation Rechnung tragen. Besondere Frauenversammlungen halte ich nicht für notwendig. Ich verlaufe mich, was die Verbreitung von Aufklärung betrifft, mehr auf die Presse, wie auf Versammlungen.

Quiting-Berlin empfiehlt den Antrag der Frauen.

Stahl-Potsdam ist für Frauenversammlungen mit weiblichen Referenten, meint aber, die Versammlungen allein thun es nicht, es müsse mehr Wert auf die Presse gelegt werden.

Um 2 Uhr 20 Minuten tritt eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung um 3 Uhr 10 Minuten wird die Debatte fortgesetzt.

Ver-Forst empfiehlt, die Anträge der Agitationskommission als Material zu überreichen. Er führt weiter aus, daß Frau Vitz Braun eine Agitationstour, die bereits festgelegt war, nicht ausgeführt habe, weil sie angeblich plötzlich erkrankt sei. An solche plötzlichen Erkrankungen glaubt Medner nicht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag der Genossinnen Berlins, ebenso der gleichlautende des Kreises Teltow-Weesow wird zurückgezogen und folgender von Ottile Waader eingebrachter Antrag wird mit einer Mehrheit von einer Stimme angenommen:

Die Agitationskommission wird beauftragt, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise, wo es möglich ist, Frauenversammlungen mit weiblichen Referenten zu veranstalten.

Damit ist der Antrag von Berlin III sowie dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der 3. Punkt der Tagesordnung: Die Luthausvorlage, wird zurückgestellt und über die Anträge, welche sich auf die Presse beziehen, debattiert. Es sind dies die Anträge Nr. 2 und 3 des Kreises Teltow, Nr. 1 und 2 des Kreises Niederbarnim, der Antrag der Kreise Königsberg N.-M. und Berlin IV, sowie der Antrag Salomon-Briezen, der jedoch vom Antragsteller zurückgezogen wird mit dem Antrage, daß er der Pröskommission, der Redaktion des „Vorwärts“ und dem Antragsteller zur gemeinsamen Beratung überwiehen werde.

Zubeil: Auf allen Provinzial-Parteitagen ist bis jetzt beauftragt worden, ein monatliches Organ für die ländlichen Kreise herauszugeben. Die Anträge sind bisher stets wegen des Kostenpunktes abgelehnt worden. Wir im Kreise Teltow-Weesow sind gewiß für die Agitation unter den Landarbeitern, aber wir sprechen der Agitationskommission das Recht ab, selbstständig und ohne den Parteitag zu beauftragen ein Organ herauszugeben. Nach unserer Ueberzeugung ist das eine Verleugnung der Rechte der Delegierten aus der Provinz, und ich ersuche dieselben, deshalb für unseren Antrag zu stimmen. Der Antrag Salomon-Briezen ist auch in der vorerwähnten Fassung nicht zu empfehlen.

Kogke: Wir haben gar keine Veranlassung, die Rechte der Delegierten zu verletzten. Zubeil müßte doch wissen, daß die Genossen in der Provinz sich fast überall für die Herausgabe der Zeitung durch die Kommission erklärt haben. Wenn wir über die Köpfe der Delegierten hinweg hätten handeln wollen, dann hätten wir das Organ längst erscheinen lassen können. Wir haben aber das Erscheinen der ersten Nummer bis heute hinausgeschoben. Zubeil hat sich doch früher auch für die Schaffung eines solchen Organs erklärt. Ich muß mich dabei über seine und des Kreises Teltow Stellung wundern. Wenn wir in der Kommission überzeugt sind, daß ein solches Organ im Interesse der Agitation notwendig ist, dann müßten wir auch die erforderlichen Schritte zur Schaffung desselben thun. Dem Delegiertentag liegt heute die Probenummer vor, und sie werden sich hoffentlich dahin entscheiden, daß die Kommission recht gehandelt hat.

Quiting-Berlin: Wenn die Kommission etwas thun will, dann möge sie die bestehenden Provinzialblätter ausbauen, aber denselben nicht durch ein neues Organ Konkurrenz schaffen. Weiter frage ich, welcher Landarbeiter wird denn für eine solche Nummer, wie die vorliegende, 10 Pf. zahlen? Wenn das Blatt in die Massen dringen soll, dann müßte es billiger sein.

Glashagen-Berlin priert gegen den Antrag, welcher wünscht, daß die „Neue Welt“ der „Märkischen Volksstimme“ beigelegt wird. Die Kommission habe nicht die Mittel dazu.

Acker-Schöneberg führt aus, die Kommission hätte dem Parteitag erst den Vorschlag machen sollen, ein Blatt herauszugeben, ehe sie selber das Blatt erscheinen ließ. Wenn wir bedenken, daß das Blatt, welches während der Wahlen wöchentlich erschien, mit fünfzehn Pfennig für vier Nummern bezahlt wurde, dann müssen wir doch fragen — obwohl der Ausdruck nicht parlamentarisch ist — wo sollen wir die Summen finden, die für das neue Blatt zehn Pfennig zu zahlen bereit sind. Die Probenummer entspricht nicht den Anforderungen, die wir an ein gutes Blatt für die Landarbeiter stellen müssen.

Hoppe-Rizdorf: Wir wünschen, daß die Agitationskommission noch mehr thue wie bisher, aber das vorliegende Blatt ist nicht geeignet, unsere Bewegung besonders zu fördern. Wer die ländlichen Verhältnisse kennt, der wird wissen, daß ein Blatt unter der Landbevölkerung nur dann Verbreitung findet, wenn es unentgeltlich verteilt wird. Ich zweifle daran, daß die „Fackel“ eine Zukunft hat, denn die wenigen Abonnenten, die das Blatt finden wird, können es nicht hochhalten.

Salomon-Briezen: Wenn die Agitationskommission mit

